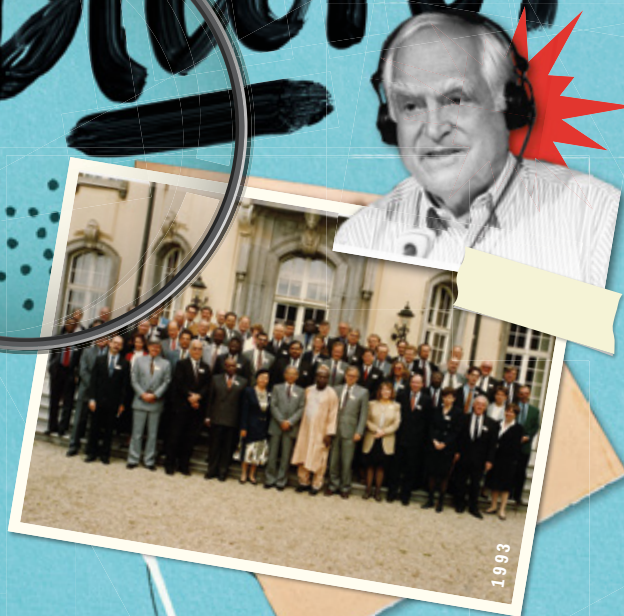


SCHEINWERFER

DAS MAGAZIN GEGEN KORRUPTION OKTOBER 2023 – 28. JAHRGANG

100

30 Jahre
im Kampf
gegen
Korruption!



Die Koalition gegen Korruption.



Inhalt

Themenschwerpunkt: 30 Jahre im Kampf gegen Korruption

Grußwort von Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann	5
Interview mit Transparency-Gründer Peter Eigen	6
Wir gratulieren!	12
Schlaglichter	13
Transparency und die Korruptionsdebatte seit 1993	16
Doppeltes Jubiläum: 30 Jahre Transparency und 100 Scheinwerfer	18

Nachrichten und Berichte

Politik	20
Internationales	23
Sicherheit	25

Über Transparency

Inside Transparency	26
Practitioners' Circle im Juni 2023 in Bonn	30
Vorstellung korporativer Mitglieder: DICO	31
Vorstellung nationaler Chapter: Transparency International Mongolei	32

Editorial	3
Rezension	34
Impressum	34



Liebe Leserinnen, liebe Leser,



wir feiern 30 Jahre Transparency International und Transparency Deutschland. 30 Jahre sind ein überschaubarer Zeitraum, dennoch ist viel passiert. Die Bekämpfung von Korruption in Deutschland war zuvor lange ein Tabu. Sie stand auf keiner politischen Agenda, war kein Thema in Verwaltungen oder für Unternehmensleitungen. Heute stehen wir auf den Schultern von Peter Eigen und seinen Mitstreiter:innen, die Transparency International aufgebaut und enorme Überzeugungsarbeit geleistet haben.

Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern konnten wir einen wesentlichen Beitrag leisten, Korruption nachhaltig zu bekämpfen. Die Expertise und die Erfahrungen unserer oft schon langjährig aktiven ehrenamtlichen Mitglieder ist sehr gefragt. Das macht uns aus und breit wirksam, ist unser entscheidendes „Asset“. In nur dreißig Jahren ist Transparency International eine internationale Nichtregierungsorganisation geworden, die in über 100 Ländern aktiv ist. Wir haben Mitstreiter:innen und Expert:innen auf allen Kontinenten. Das ist unser zweites großes „Asset“.

Korruption ist ein gesellschaftliches Querschnittsthema. Wir müssen uns angesichts begrenzter Ressourcen jedoch auch immer fokussieren. Unsere beiden aktuellen Schwerpunktthemen reflektieren dabei eine sich wandelnde Welt: Mit Hilfe von „Open Data“ möchten wir die großen Chancen der Digitalisierung nutzen, durch Transparenz von Verwaltungsdaten Partizipation, Korruptionsprävention und Wertschöpfung zu schaffen. Unter dem Stichwort „Strategische Korruption“ nehmen wir in den Blick, dass insbesondere autokratische Staaten

Deutlicher als noch vor ein paar Jahren sehen wir, dass auch gefestigte und als robust geltende Demokratien Angriffen ausgesetzt sind – fragiler dastehen als gedacht.

Korruption als außenpolitisches Instrument einsetzen, um ihre Interessen durchzusetzen; dabei zielen sie auch auf das demokratische Fundament unserer Gesellschaft. Die Konfrontation mit militärischer und hybrider Bedrohung ist für Europäer oft eine neue Erfahrung, für viele Menschen jedoch eine unmittelbarere Lebensrealität und schon lange Alltag.

Wir begehen unser 30-jähriges Jubiläum in einer Zeit großer gesellschaftlicher Herausforderungen. Deutlicher als noch vor ein paar Jahren sehen wir, dass auch gefestigte und als robust geltende Demokratien Angriffen ausgesetzt sind – fragiler dastehen als gedacht. Rechtsextreme Akteur:innen haben in unserem Land seit den 90er Jahren weitreichende Netzwerke und Infrastrukturen aufgebaut, ziehen in Parlamente ein, kooperieren in Europa mit Gleichgesinnten. Unter dem Deckmäntelchen von Begriffen wie „wahre Demokratie“, „Meinungsfreiheit“ oder eben „Korruptionsbekämpfung“ zielen sie auf die Zerstörung demokratischer Institutionen, Ausgrenzung von Minderheiten und das Recht des Stärkeren.

Gerade jetzt braucht es die „Furchtlosigkeit unseres demokratischen Bewusstseins“, sagte kürzlich Joachim Gauck. Wir brauchen jede und jeden, die sich gegen Menschenfeindlichkeit und Machtmissbrauch einsetzen.

Zoomen wir heraus, schauen aus der Vogelperspektive. Was wir sehen, ist eine bunte Weltkarte. Kleine, grüne Inseln sind umgeben von Feldern in Gelb-, Orange- und Rot-

Gerade jetzt
braucht es die
„Furchtlosigkeit
unseres
demokratischen
Bewusstseins“

tönen. Grün steht für Demokratie, Freiheits- und Menschenrechte. Die anderen Farben bedeuten Einschränkungen bei den individuellen Rechten und stehen für politische Systeme, die mehr oder minder autokratisch sind. Auch dort kämpfen unsere Kolleg:innen gegen Korruption und Machtmissbrauch und damit gegen die Grundlagen, auf denen diese Regime aufgebaut sind. Das braucht viel Mut, ist eine teils lebensgefährliche Aufgabe – hierzulande nicht. Es ist ein großes Glück in einer freien, demokratischen Gesellschaft zu leben. Wir haben die Freiheit und alle Möglichkeiten, uns dafür einzusetzen. Das treibt uns an.

Es erfüllt mich mit Stolz, dass sich bei Transparency viele Mitstreiter:innen dafür engagieren. Dreißig Jahre sind ein guter Anlass, Danke zu sagen. Ich möchte Ihnen – Mitgliedern, Unterstützer:innen und institutionellen Partnern in unserer „Koalition gegen Korruption“ – auch im Namen meiner Vorstandskolleg:innen für das Engagement danken und dafür, dass Sie an unserer Seite sind. Ohne Euch und Sie wären wir als Transparency Deutschland heute nicht das, was wir sind. Herzlichen Dank.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen unserer doppelten Jubiläumsausgabe – denn in der Hand

halten Sie gleichzeitig auch die 100. Ausgabe des Scheinwerfer-Magazins. Ein großer Dank gilt daher Layouterin Alexandra von Béry, Redaktionsleiter Adrian Nennich und dem ehrenamtlichen Redaktionsteam, das in wechselnder Besetzung in den vergangenen 25 Jahren den vierteljährlich erscheinenden Scheinwerfer gestaltet und weiterentwickelt hat. Auf Seite 18 finden Sie einen kleinen Rückblick auf die Geschichte des Magazins.

Herzliche Grüße
Ihre Alexandra Herzog
Vorsitzende



In aller Welt

Transparency International hat vor 30 Jahren klein angefangen – in einem Einraum-Büro in Berlin. Heute gibt es mehr als 100 sogenannte Chapter (blau gekennzeichnet), die rund um den Globus in ihrem jeweiligen Land und gemeinsam als internationale Bewegung gegen Korruption vorgehen. So vielfältig die Länder sind, so vielfältig sind die Formen von Korruption – und die engagierten Personen von Transparency International, die dagegen kämpfen.



Grußwort

von **Dr. Marco Buschmann**, Bundesminister der Justiz, zum dreißigjährigen Bestehen von Transparency International und Transparency Deutschland



ten Nationen – dem heute 189 Vertragspartien und damit nahezu weltweit alle Staaten angehören – und seit 2011 die Antikorruptions-Aktionspläne der G20. Auch die Korruptionsbekämpfung in Deutschland und nicht zuletzt die Entwicklungen des deutschen Korruptionsstrafrechts hat Transparency wesentlich mitgeprägt. Dass das Strafgesetzbuch heute etwa Korruption im Gesundheitswesen und Korruption im Sport als Straftatbestände nennt und es Transparenz- und Lobbyregister gibt, geht nicht zuletzt auf Engagement und „Advocacy“ von Transparency zurück.

Herzlichen Glückwunsch zum dreißigjährigen Bestehen! Wie wohl keine andere Organisation stehen Transparency International und Transparency Deutschland für den Kampf gegen Korruption und für mehr Transparenz und Integrität in Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Sie haben diese Agenda nicht nur wesentlich mitgeprägt, sondern sie erst möglich gemacht.

Als die beiden Organisationen 1993 in Berlin von Peter Eigen und einer Handvoll Mitstreitern gegründet wurden, war Korruption in der Öffentlichkeit eher ein Randthema, ein Phänomen, von dem man Notiz nahm – dessen verheerende Folgen und Schäden gerade für ärmere Länder man aber nicht wahrhaben wollte. Dass sich in Politik und Gesellschaft die Einstellung zu Korruption nachhaltig geändert hat und es heute einen breiten, fast weltumspannenden Konsens über Korruptionsbekämpfung, Transparenz und Integrität gibt, ist zu einem ganz großen Teil ihrer Arbeit zu verdanken. „Antikorruption hat einen Namen: Transparency International“ – so bringt es der Historiker Ivo Engels auf den Punkt.

Die nationalen und internationalen Entwicklungen und Erfolge, die auf ihre Tätigkeit zurückgehen, sind beeindruckend und so zahlreich, dass hier Stichworte genügen müssen: 1999 die Ächtung der Auslandsbestechung durch eine OECD-Konvention, 2002 das Strafrechtsübereinkommen über Korruption des Europarates, 2003 das Übereinkommen gegen Korruption der Vereinten

Nationen – dem heute 189 Vertragspartien und damit nahezu weltweit alle Staaten angehören – und seit 2011 die Antikorruptions-Aktionspläne der G20. Auch die Korruptionsbekämpfung in Deutschland und nicht zuletzt die Entwicklungen des deutschen Korruptionsstrafrechts hat Transparency wesentlich mitgeprägt. Dass das Strafgesetzbuch heute etwa Korruption im Gesundheitswesen und Korruption im Sport als Straftatbestände nennt und es Transparenz- und Lobbyregister gibt, geht nicht zuletzt auf Engagement und „Advocacy“ von Transparency zurück.

Sie sind und bleiben für die Rechtspolitik ein wichtiger Impulsgeber und Ansprechpartner, der nicht müde wird, auf Reaktionen und Reformen zu pochen, sei es bei der Mandatsträgerbestechung, dem Hinweisgeberschutz oder den Unternehmenssanktionen. Wir wissen Ihre Expertise und Engagement zu schätzen und bauen auch für die Zukunft fest auf den konstruktiv-kritischen Dialog mit Transparency, etwa bei den Vorschlägen der Kommission für eine neue europäische Korruptionsbekämpfungsarchitektur oder bei der geplanten Neuauflage des Antikorruptionsmonitorings der Vereinten Nationen.

Korruption zu bekämpfen und Transparenz zu stärken, ist unser gemeinsames Ziel. Dazu braucht es starke zivilgesellschaftliche Organisationen wie etwa Transparency mit ihren vielen ehrenamtlich engagierten Mitgliedern. Dazu braucht es aber auch einen starken Rechtsstaat, der zeigt, dass man Korruption in fairen Verfahren unter Wahrung von Grund- und Freiheitsrechten mit Nachdruck verfolgen kann. Eine Korruptionsbekämpfung, die rechtsstaatliche Grundsätze ignoriert, schadet ihren eigenen Zielen.

Ihnen und ihren vielen engagierten Mitgliedern herzlichen Dank für ihre Arbeit und die scharfsinnige Begleitung unserer Korruptionsbekämpfungspolitik. Ich wünsche Transparency International und Transparency Deutschland auch für die nächsten dreißig Jahre viel Zuspruch und Erfolg.



INTERVIEW MIT PETER EIGEN

„Die Regierung Kohl war fest davon überzeugt, dass wir die deutsche Wirtschaft ruinieren“

Im Juni 1993 gründete **Peter Eigen** Transparency International e.V., die bis heute führende Antikorruptionsorganisation weltweit. Gemeinsam mit den ersten Mitstreiterinnen und Mitstreitern hatte er erkannt, wie sehr strukturelle Korruption die wirtschaftliche und soziale Entwicklung weltweit unterminierte. Im Oktober 1993 wurde offiziell auch Transparency International Deutschland e.V. als deutsches Chapter gegründet.

TRANSKRIPTION & REDAKTION: ADRIAN NENNICH

Im Gespräch mit Margarete Bause, stellvertretende Vorsitzende von Transparency Deutschland und Scheinwerfer-Redakteurin, blickt Peter Eigen auf die Anfangszeit zurück wie auch auf aktuelle Herausforderungen.

Bause: Es gibt dieses schöne Zitat, dass nichts mächtiger ist als eine Idee, deren Zeit gekommen ist. Als Sie vor 30 Jahren Transparency gegründet haben, hatten Sie da das Gefühl, dass die Zeit gekommen ist für eine Antikorruptionsorganisation? Oder war es einfach nur der Frust, dass die Weltbank Ihnen einen Maulkorb verpasst hat?

Eigen: Ich glaubte damals nicht, dass die Zeit gekommen sei, um eine wichtige Veränderung durchzusetzen, im Gegenteil. Die Weltbank hat Korruption weitgehend als eine interne politische, gesellschaftliche, kulturelle Angelegenheit angesehen und sich deswegen rausgehalten – und ich hatte zunächst das Gefühl, dass es eigentlich ganz gut war, dass die Weltbank sich nicht in die internen Angelegenheiten ihrer Mitgliedstaaten eingemischt hat.

Es war eher so, dass ich verärgert war darüber, wie sehr die systematische Korruption, die vor allen Dingen auch aus dem Globalen Norden kam, die Entwicklung im Globalen Süden praktisch behindert und zerstört hat. Das habe ich damals in Kenia erlebt. Ich war Direktor des Regionalbüros für Ostafrika in Nairobi. Nicht nur in Kenia, sondern auch in den Nachbarländern habe ich gesehen, wie häufig systematische Bestechungen von großen Unternehmen, auch aus Deutschland, die Entscheidungen der Regierungen pervertiert haben.

Das war für mich ein Signal, etwas dagegen zu unternehmen. Nicht nur, um die Projekte der Weltbank gegen diese Art von Korruption zu schützen, sondern auch, um insgesamt den Menschen in diesen Ländern zu helfen. Das galt damals als naiv, romantisch und praktisch völlig überoptimistisch. Insofern war es zunächst gar nicht so einfach für mich, mir zu überlegen, dass ich da etwas ausrichten könnte.

Wie haben Sie konkret angefangen?

Ich habe es am Anfang nicht „Transparency International“, sondern „Business Practice Monitor“ genannt. Ich bin davon ausgegangen, dass die großen Unternehmen, die in Afrika überall bestechen mussten, um Aufträge zu erhalten, eine Art Kartell der Ehrlichkeit schaffen und sich einigen könnten, dass alle gleichzeitig mit Korruption aufhören. Ziel war es, dass keiner darunter zu leiden haben müsste, wenn er sich vernünftig verhält. Wir wollten den „Moral Hazard“ des Schadens, wenn man sich als Einziger moralisch anständig verhält, auf diese Weise überwinden.

Aber dann hat sich sehr schnell herausgestellt, dass es nicht ohne die Mitwirkung auch der

afrikanischen Länder geht. Deswegen habe ich schon 1989 in einem Retreat, den alle afrikanischen Resident Representatives der Weltbank hatten, vorgeschlagen, dass wir eine Organisation schaffen, in der die Weltbank ihren Einfluss, ihre Netzwerke und auch ihre Fähigkeiten, solche Dinge zu verstehen, einsetzen würde, um die Korruption insgesamt zu bekämpfen. Da bin ich sehr unterstützt worden, auch vom Weltbank-Vizepräsidenten Kim Jaycox.

Aber sehr schnell habe ich mitbekommen, dass die Weltbank das nicht zulassen würde. Hinterher ist mir klar geworden, warum. Der Grund war, dass die Mitgliedstaaten der Weltbank – Deutschland zum Beispiel, Großbritannien, Frankreich, Japan und so weiter, mit der großen Ausnahme der USA – gesagt haben: Wir müssen es unseren Staatsangehörigen im internationalen Markt, der inhärent korrupt ist, erlauben, sich an dieser Korruption zu beteiligen. In deren Augen war es absolut nicht an der Zeit, eine solche Organisation einzuführen.

Warum haben Sie ausgerechnet eine NGO gegründet?

In der Weltbank hatte ich erlebt, wie wichtig die Zivilgesellschaft mit ihrer Unabhängigkeit von den politischen Winden, Bedürfnissen und Interessen ist, vor allen Dingen in den einflussreichen Staaten. Insbesondere in den USA waren die NGOs mächtig geworden, was zum Beispiel den Schutz der Umwelt und Menschenrechte anbelangt. Ich selbst war gar nicht so darauf eingestellt, dass ich eine NGO gründen würde, sondern dachte einfach: Ich will jetzt die Leute, die mir helfen wollen, zusammenbringen.

Das habe ich zunächst innerhalb der Weltbank gemacht, um zu überlegen, wie wir in den verschiedenen Projekten die Korruption bekämpfen würden. Aber wir kriegten sehr schnell von der Rechtsabteilung der Weltbank eine Nachricht, dass das nicht die Aufgabe der Weltbank sei und sofort unterlassen werden sollte. Da habe ich gesagt, na, dann mache ich das in meiner Freizeit. Ich habe praktisch immer abends nach 5 Uhr, wenn meine Ar-



Gruppenfoto von der Gründungskonferenz von Transparency International in der Villa Borsig in Berlin



1998

Peter Eigen im Gespräch mit UN-Generalsekretär Kofi Annan und seiner Frau Nane

Organisation. Wie ist es denn gelungen, aus dieser Handvoll überzeugter Menschen, die die Gefahr der Korruption gesehen haben, eine zivilgesellschaftliche Organisation zu gestalten, die versucht, ein gesellschaftliches Gegengewicht herzustellen?

Das ist eine sehr interessante Beobachtung. Im Grunde haben wir Menschen versammelt. Es waren vor allem Leute aus dem Globalen Süden, die sich beteiligt haben. In Ecuador zum Beispiel hatten wir nicht nur die Unterstützung eines früheren Präsidenten und eines Universitätspräsidenten.

Die Kraft, die wir in Ecuador bekommen haben, das waren die Menschen, die auf die Straße gegangen sind und gegen Korruption demonstriert haben. Und dasselbe trifft zu in Argentinien oder in Bangladesch.

Wenn wir die Mobilisierung einfacher Menschen erreichen und mächtige Menschen in ihrer zivilen Eigenschaft und nicht mit der Autorität des Staates dabei sind, dann ist der zivilgesellschaftliche Beitrag wirklich wirksam. Aber auch nur dann, wenn sie sich arrangieren mit den anderen beiden Akteuren einer Gesellschaft, nämlich Politik und Privatsektor. Die größten Erfolge sind uns gelungen, wenn wir diese drei Akteure zusammengebracht haben. Statt Einzelfälle von Korruption aufzudecken und anzuklagen versuchen wir, die Systeme zu verändern. Die systemische Veränderung gelingt meines Erachtens fast nur dann, wenn man gemeinsame Strategien mit Regierung und Privatsektor entwickelt.

Wie sah es im Fall von Deutschland aus?

Es war sehr, sehr schwierig, die Menschen an den Tisch zu kriegen. Aber wir haben im Laufe der Zeit eben diesen Multi-Stakeholder-Ansatz verfolgt. Die Regierung Kohl war fest davon überzeugt, dass wir die deutsche Wirtschaft ruinieren, wenn wir den Deutschen nicht mehr erlauben, im Ausland zu bestechen. Es gab Berichte über Wutanfälle im Kabinett. Der damalige Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt hat versucht, mich ausschließen zu lassen von den Verhandlungen über die berühmte OECD-Konvention gegen Bestechung von ausländischen Amtsträgern. Gott sei Dank haben uns die US-Amerikaner geschützt, weil sie umgekehrt das Interesse hatten, dass alle anderen – genauso wie sie selbst das bereits 1978 unter Präsident Jimmy Carter im Foreign Corrupt Practices Act gemacht hatten – ihre Staatsangehörigen daran hindern, im Ausland zu bestechen. Das war ein sehr interessantes Spiel, was uns da gelungen ist. Wir haben in Berlin im Aspen-Institut Treffen organisiert. Der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat den Vorsitz geführt. Wir haben wichtige Industriekapitäne zusammengeholt und im Laufe von zwei Jahren drei Sitzungen gehalten.

beitszeit beendet war, damit angefangen. So habe ich eine Gruppe aufgebaut, die sich mit mir zusammenschließen wollte. Das hat sich langsam formiert. Es waren viele Leute aus dem Globalen Süden dabei, die mich sehr stark unterstützt haben, zum Beispiel ein früherer Präsident von Ecuador und ein früherer Präsident von Nigeria.

Als ich das immer weiter betrieben habe, kriegte ich eine weitere Nachricht von der Weltbank: Es sei absolut peinlich für die Weltbank, wenn einer ihrer Direktoren plötzlich solche romantischen, naiven Ideen vortrage. Ich solle sofort aufhören, sonst müsse ich die Weltbank verlassen. Das habe ich dann gemacht. Das war zeitgleich mit dem Fall der Mauer in Berlin, daher hatte ich sowieso große Lust, nach Berlin zurückzugehen.

Ich war zu der Zeit auf internationalen Konferenzen und habe über die Idee von Transparency International gesprochen. Im Herbst 1992 wollten wir schließlich in Berlin eine Konferenz machen, unterstützt von Hansjörg Elshorst, damals der Chef der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, die heutige GIZ, und Peter Söthje, Chef der Deutschen Stiftung für Entwicklung. Doch ein Staatssekretär, der andere Ideen hatte als wir, hat uns die Verwendung der dafür nötigen öffentlichen Mittel verboten. Ich musste die ganzen Leute, die ich schon nach Berlin eingeladen hatte, wieder ausladen – und es dauerte noch ein ganzes Jahr, bis wir 1993 letztlich Transparency International gründen konnten.

Ja, die Zeit war wahrscheinlich reif, aber die entscheidenden Persönlichkeiten und Institutionen waren es noch nicht.

Daran kann man im Grunde ersehen, welche großen Erfolge Sie mit Transparency in den 30 Jahren erreicht haben. Wenn ich mir das vergegenwärtige, war die Gruppe, die Transparency zu Beginn gegründet hat, sozusagen eine Bewegung „von oben“. Es war keine zivilgesellschaftliche Bewegung „von unten“, sondern es waren ein paar Banker, Menschen aus der Entwicklungszusammenarbeit, Unternehmer, die versucht haben, durch ihr Netzwerk diese NGO zu gründen. Heute ist Transparency eine weltweite zivilgesellschaftliche



1998

In Peter Eigens Garten in Berlin, von links im Vordergrund: Peter Eigen, seine heutige Frau Gesine Schwan, der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker und der langjährige nigerianische Präsident Olusegun Obasanjo nach seiner Befreiung



1998

Gruppenfoto mit Transparency-Aktiven auf einer Wandertour in Brandenburg, u.a. die ehemaligen Vorsitzenden von Transparency Deutschland Hansjörg Elshorst (links sitzend) und Michael Wiehen (2. von links sitzend)

In der ersten Sitzung hat Richard von Weizsäcker einen Wutanfall gekriegt und hätte beinahe die Sitzung abgebrochen, weil die Vertreter der Industrie gesagt haben, wir müssen im Ausland bestechen. Wenn wir da nicht bestechen, verlieren wir alle unsere Aufträge, dann gehen wir bankrott. Im zweiten Treffen haben wir gemerkt, dass manche der Beteiligten, Siemens zum Beispiel, gesagt haben: Wenn ihr dafür sorgen könnt, dass die anderen auch nicht bestechen, können wir auch aufhören. Es wurde für uns ein Ziel, solche Verabredungen zustande zu bringen. Wir nennen das jetzt Integrity Pacts. Im dritten Treffen haben wir diese Dinge durchformuliert.

Daraufhin haben die Industriebeteiligten einen offenen Brief an die Kohl-Regierung geschrieben und darin gesagt, bitte beteiligt euch an der OECD-Konvention gegen internationale Korruption – und das hat Deutschland dann gemacht. Wenn das nicht geschehen wäre, hätte Deutschland sich nie beteiligt. Und wenn Deutschland sich nicht beteiligt hätte, dann hätten die Franzosen nicht unterschrieben und auch nicht die Briten. Lord Young zum Beispiel, der Handelsminister in Großbritannien zu der Zeit, hat ebenfalls gesagt, er könne seinen Staatsangehörigen nicht verbieten zu bestechen, wenn alle anderen bestechen. Dieser Durchbruch war 1996. 1997 wurde die OECD-Konvention gegen ausländische Bestechungen unterschrieben und 1999 ist sie in Kraft getreten. Das war ein Riesenschritt, der bis heute sehr, sehr wichtig erscheint. Wichtiger, um ehrlich zu sein, als die UN-Konvention, denn sie kam hinterher, weil der Widerstand durch die OECD-Konvention gebrochen war.

Haben Sie den Eindruck, dass sich in den letzten 30 Jahren das Bewusstsein gewandelt hat – dass man selbstkritischer geworden ist, was die Korruption im eigenen Land angeht?

Ich habe schon das Gefühl, dass die Menschen inzwischen einsehen, dass zum Beispiel die internationale Korruption häufig von uns aktiv betrieben wird und nicht nur von korrupten Ministern, Präsidenten und Staatsbeamten im Globalen Süden verlangt wird. Was vielleicht noch nicht so erkannt ist, das ist, wie stark durch Lobbyarbeit und durch Korruption auch von gesetzgebenden Organisationen internationale Korruption verdeckt bleibt und immer noch einen großen Schaden anrichtet. Nehmen wir zum Beispiel ein großes Bergwerkprojekt in einem Land des Globalen Südens, wo Kupfer hergestellt wird. Das wird verkauft an eine Firma, die ihren Sitz in einer Steueroase hat. Keiner weiß, dass diese Firma demselben Unternehmen gehört, das deswegen sehr wenig für das Kupfer bezahlen muss. Dadurch entstehen Riesengewinne für diese anonyme Tochtergesellschaft. Das lokale Unternehmen hat jedoch Verluste und die lokale Regierung bekommt keine Steuern. Die Arbeiter können nicht anständig bezahlt werden. Hinterher können die Umwelt-

schäden durch diese großen Kupferminen nicht repariert werden, weil das Geld auf diese Weise aus dem Land herausgeholt wird. Daher ist die Frage der Transparenz der wahren Eigentümer – die Beneficial Ownership – von großen Unternehmen unglaublich wichtig.

Ich habe das Gefühl, dass unsere jetzige Regierung da auf dem richtigen Weg ist. Sie werden natürlich sehr stark behindert durch andere Interessen, die sehr viel Einfluss haben. Die Interessierten am Status quo gehen sehr intelligent vor und haben sehr viele gute Juristen und Buchprüfer, die sie unterstützen.

Welche Hausaufgaben muss die Bundesregierung erledigen?

Der Deutsche Bundestag hat sich lange Zeit geweigert, die UN-Konvention gegen Korruption zu ratifizieren. Das war eine skandalöse und für mich wirklich beschämende Situation. Warum? Weil unter dieser UN-Konvention auch die Bestechung von Abgeordneten strafbar gemacht werden musste. Viele Abgeordneten dachten, sie wollen umfassende Kontakte in ihren Wahlkreisen und dabei nicht mit einem Bein schon im Gefängnis stehen. Aber wie sehr man eine solche Regelung gerade im Bundestag braucht, das sieht man aktuell an der Maskenaffäre.

Man sieht auch, wie sich Abgeordnete dagegen sträuben, zum Beispiel ein Lobbyregister anzulegen, das wirklich transparent ist. Nicht nur auf der Bundesebene, auch auf Landesebene. Daher ist es wichtig, dass Transparency da immer noch aktiv ist. Genauso wie im Privatsektor. Das zeigt sich daran, wie die Geldwäsche und die Beneficial Owner immer noch verdeckt sind. Bei all diesen Dingen muss man meines Erachtens mit Multi-Stakeholder-Initiativen ansetzen. Da haben wir noch sehr, sehr viel vor uns.

Aktuell stehen wir vor großen Herausforderungen für unsere Gesellschaft, zum Beispiel die Gefährdung demokratischer Institutionen von innen und außen, wie wir sie gerade erleben, oder die Zuspitzung der Klimakrise, die vieles in Frage stellt, was wir bisher für normal gehalten haben. Wo sehen Sie hier die Aufgaben für Transparency?

Mit Blick auf diese großen Probleme, die wir im Augenblick haben, brauchen wir eine unheimliche Anstrengung der Gesellschaft, um Lösungen zu finden. Und alle diese Lösungen werden durch Korruption pervertiert. Es ist ganz klar zum Beispiel was den Krieg in der Ukraine anbelangt, dass die Macht und der Reichtum der Oligarchen, der in Russland, aber auch in der Ukraine und verschiedenen anderen osteuropäischen Ländern durch Korruption zusammengekommen ist, eine riesige Gefahr für die Demokratie darstellen.

Insofern ist die Gefährdung der Demokratie durch autokratische Bewegungen, auch bei uns in Deutschland, zum Teil durch Korruption verursacht. Wenn man sich in Deutschland anschaut, wer im Augenblick die höchsten Großspenden erhält, dann sind das nicht die demokratischen Parteien. Die Pervertierung der demokratischen Institutionen ist ein großes Risiko für uns alle. Ich hoffe, dass sowohl in den USA als auch in Frankreich, aber



Peter Eigen und Ellen Johnson Sirleaf, Präsidentin von Liberia und spätere Friedensnobelpreisträgerin



Margarete Bause und Peter Eigen jüngst in Berlin

auch in anderen europäischen Staaten wie Ungarn und Polen die Demokratien gerettet werden können. Dabei wird der Kampf gegen die Korruption in all diesen Ländern eine große Rolle spielen.

Der Raum, den man der Zivilgesellschaft einräumt, damit sie ihre Arbeit tun kann, wird immer mehr bedroht. In Deutschland geht es uns verhältnismäßig gut. Es werden weiterhin sehr wichtige zivilgesellschaftliche Organisationen gegründet und diese sind wichtige Sprachrohre, wenn die repräsentative Demokratie das nicht mehr anbieten kann. Insbesondere auf der kommunalen Ebene sehen wir sehr viele Beispiele dafür, wie wichtige Regierungsprobleme durch Multi-Stakeholder-Partizipation gelöst werden. Natürlich sind wir, die zivilgesellschaftlichen Organisa-

„Der Korruption die Stirn zu bieten heißt nicht, einfach nur Moralkeulen zu schwingen, um eben doch aus uns Menschen Heilige zu machen. Aber es gilt, dem egoistischen Machtmissbrauch das Handwerk zu legen und den Schwachen zu ihren Chancen zu verhelfen. Das ist eine gemeinsame Aufgabe von uns Bürgern, zum Wohle des Rechts, der Transparenz und Gerechtigkeit. Daher ist das Werk von Peter Eigen, das er mit Transparency International geschaffen hat, eine vorbildliche Leistung, die uns hoffen lässt, auf eine engagierte Zivilgesellschaft zu setzen, wenn wir rund um den Globus lernen wollen, human zusammenzuleben.“

Richard von Weizsäcker, ehemaliger Bundespräsident, 2003, Vorwort zu „Das Netz der Korruption“ von Peter Eigen



Peter Eigen und Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin, eine große Unterstützerin der Anliegen von Transparency

tionen, lästig. Wir lassen uns keinen Maulkorb verpassen. Viele Chapter kämpfen, um sich in ihrem Umfeld durchzusetzen. Die Leute werden eingeschüchtert, werden ver-

trieben, gerade in Ländern, die bedroht sind durch autokratische Regierungen. Manchmal überlege ich mir, ob wir nicht grundlegend einiges ändern müssen im System der Vereinten Nationen. Denn die Vereinten Nationen sind eine Organisation, die auf einem lowest common denominator operiert – mit einem Vetorecht der Russen und der Chinesen. Wie kann so eine Organisation effektiv werden? Müssten die Vereinten Nationen nicht grundlegend verändert werden, indem der globalen Zivilgesellschaft mehr Einfluss gegeben wird? Denn die Zivilgesellschaft ist in den meisten Ländern auf die Gnade der Entscheidungsträger angewiesen. Deswegen kann sie ihre volle Kraft nicht entwickeln, die ja allen zugutekommen würde. Vielleicht braucht man so etwas wie die Vereinten Zivilgesellschaften. Aber das ist utopisches Denken.

Ja, ein spannender Gedanke. Es ist ja gerade Ihr Beispiel, dass man sich auch von erst mal utopisch erscheinenden Ideen nicht abhalten lassen sollte, Schritt für Schritt zur Verwirklichung beizutragen. Ihnen hat man vor 30 Jahren auch gesagt, dass es utopisch sei, die Korruption eindämmen zu können. Und Sie haben gesagt: Probieren wir es halt mal! Sie sind unbestritten der Gründervater von Transparency. Ihr Kind ist jetzt 30 geworden. Was wünschen Sie Ihrem Kind?

Es ist sehr wichtig, dass Transparency International seine Wurzeln in den nationalen Sektionen behält. Im Augenblick haben wir über 110 nationale Sektionen. Sie sind es, die in ihrer eige-

nen Kultur, in ihrem eigenen politischen System beurteilen können, was die Korruptionsprobleme sind, welche Schwächen es im Integritätssystem gibt und was die Möglichkeiten sind, um etwas zu verändern und lokale Koalitionen zu schmieden. Weiterhin ist meines Erachtens wichtig, dass wir uns nicht darauf einlassen, Einzelfälle der Korruption aufzuspüren und zu veröffentlichen. Wir können natürlich Korruptionsfälle, die öffentlich sind, untersuchen, daraus lernen und kritisieren. Wir sollten uns jedoch auf die systemischen Veränderungen konzentrieren.

Der dritte Punkt ist der Versuch, durch ein permanentes Zusammenspiel von Regierung, Zivilgesellschaft und Privatsektor einen Multi-Stakeholder-Konsens herzustellen. Wir sollten gemeinsam überlegen, wo die Probleme der Korruption und der Governance insgesamt liegen. Trotz inhärent verschiedener Interessen und Perspektiven sollten wir uns respektvoll, intelligent und höflich zuhören und gemeinsam einen Konsens entwickeln.

Ich bin froh darüber, wie stark unsere Chapter und unser internationales Sekretariat in Berlin im Augenblick sind. Ich bin etwas besorgt über die Möglichkeiten der Finanzierung, die früher größer waren. Vor allen Dingen habe ich ein bisschen Sorgen, dass die Idee der Projektfinanzierung zum Teil dazu führt, dass man Projekte übernimmt, die die Finanzierungsorganisationen wollen und die nicht unbedingt von uns gewollt werden. Aber im Grunde genommen sind wir auf dem richtigen Weg und ich hoffe, dass wir alle uns so gut weiterentwickeln wie das deutsche Chapter, das eines der besten Chapter weltweit ist.

Vielen herzlichen Dank für das Gespräch.

Die ungekürzte Version des Interviews können Sie im Podcast „Durchblick“ von Transparency Deutschland auf www.transparency.de/podcast sowie auf allen üblichen Podcast-Portalen nachhören.

Wir gratulieren!

30 Jahre Transparency und 100 Scheinwerfer-Ausgaben



„Am dreißigsten Geburtstag fürchten Manche, nun sei die beste Zeit des Gefragtseins vorbei. Bei Transparency gibt es solche Schnapsideen zum Glück nicht. In den zurückliegenden drei Jahrzehnten hat Transparency, in Deutschland und weltweit, im Kampf gegen die Korruption Großes geleistet. Aber es bleibt noch viel zu tun. Korruptionsbekämpfung ist keine Aufgabe, mit der man irgendwann fertig ist, sondern eine Daueraufgabe. Gerade heute ist sogar verschärfte Wachsamkeit gefragt.

Eine Krise folgt auf die andere, zur Krisenbekämpfung wird ein ums andere Milliardenprogramm aufgelegt und es verschärfen sich die geopolitischen Spannungen – lauter Bedingungen, unter denen Korruption besonders leicht gedeiht und der Einsatz gegen sie leicht ins Hintertreffen gerät. Für den Umgang mit diesen Herausforderungen alles Gute!“

Prof. Dr. Dr. hc Gertrude Lübke-Wolff
 ehem. Richterin am Bundesverfassungsgericht,
 Mitglied im Beirat von Transparency Deutschland



„Frauen sind infolge ungleicher gesellschaftlicher Machtverhältnisse verstärkt von den negativen Auswirkungen von Korruption betroffen. Mit dem konsequenten Einfordern von Transparenz, Fairness und Integrität leisten Transparency International und Transparency Deutschland seit 30 Jahren einen wesentlichen Beitrag zu mehr Geschlechtergerechtigkeit. Mein Wunsch für die nächsten 30 Jahre: noch viel mehr engagierte Mitstreiter*innen im Kampf für eine korruptionsfreie Gesellschaft und die gleichberechtigte Teilhabe aller!“

Margarete Hofmann
 Deutscher Juristinnenbund, ehem.
 Direktorin „Politik“ des Europäischen
 Betrugsbekämpfungsamts OLAF, Mitglied
 im Beirat von Transparency Deutschland



„Als Journalist weiß ich, wie wichtig Transparenz ist, um Korruption einzudämmen und vorhandene Fälle sowie Fehlentwicklungen aufzudecken. Wir müssen als Gesellschaft wachsam sein und bleiben. Transparency International fordert als gemeinnützige Nichtregierungsorganisation diese notwendige Transparenz ein. In Zeiten, in denen unsere Demokratie unter Beschuss steht, ist das wichtiger denn je.“

Prof. Dr. Frank Überall
 Vorsitzender des Deutschen
 Journalisten-Verbands, Mitglied im Beirat
 von Transparency Deutschland

„Im Namen der Bundesstadt Bonn gratuliere ich herzlich zum Jubiläum und bedanke mich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit! Wir wissen, wie wichtig Integrität und Transparenz für die Glaubwürdigkeit nicht nur unserer Verwaltung, sondern die Demokratie insgesamt sind. Und wir schätzen den engen fachlichen Austausch in einer starken Allianz mit Transparency und den anderen kommunalen Mitgliedern!“

Katja Dörner, Oberbürgermeisterin
 der Bundesstadt Bonn, korporatives
 Mitglied von Transparency Deutschland



„Die 100. Ausgabe des „Scheinwerfer“ ist ein Grund zum Feiern! Sie belegt, was unseren Verein Transparency Deutschland ausmacht: Mitglieder berichten für Mitglieder! Aktuelle Themen werden mit Hintergrund beleuchtet, Orientierung in der Gesamtbetrachtung gegeben, Blicke über den Tellerrand hinaus ermöglicht und nicht zuletzt wird die für einen Verein wichtige Chronistenpflicht erfüllt. Glückwunsch!“

Michael Koch, Unternehmer, korporatives
 Mitglied von Transparency Deutschland

Schlaglichter

In 30 Jahren Korruptionsbekämpfung haben Transparency International, Transparency Deutschland und die Bündnispartner der „Koalition gegen Korruption“ viel erreicht. Neben rechtlichen Errungenschaften trug und trägt der Dialog und die Sensibilisierung insbesondere in den Köpfen zu einem Wandel bei. Auch wenn weiterhin viel zu tun ist: Korruptionsbekämpfung und Transparenzstandards sind breit etabliert, Denkmuster haben sich grundlegend geändert. Wir blicken zurück auf einige Erfolgsgeschichten auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene.



1997

Das Erste Korruptionsbekämpfungsgesetz

Das Gesetz zur Bekämpfung der Korruption von 1997, später Erstes Korruptionsbekämpfungsgesetz genannt, war ein wichtiger Schritt in der Anfangsphase der in den 1990er Jahren ins Leben gerufenen Antikorruptionsinitiativen.

Es räumte endgültig mit der überkommenen Vorstellung auf, die deutsche Verwaltung sei nahezu ausschließlich durch „preußische Tugenden“ wie Ehrlichkeit, Gewissenhaftigkeit, Pflichtbewusstsein und Unbestechlichkeit geprägt. So stellte das Gesetz unter anderem Vorteilsannahme und Vorteilsgewährung für die Dienstausübung unter Strafe, also das sogenannte Anfüttern von Amtsträgerinnen und Amtsträgern.

Das entspricht einem weit verbreiteten Gerechtigkeitsempfinden: Auch für die pflichtgemäße Dienstausübung soll man im öffentlichen Sektor grundsätzlich keine Extrageschenke und Vergünstigungen erhalten. Das Gesetz bedeutete zudem Fortschritte bei der Kriminalisierung der Korruption in der Privatwirtschaft.

Es war der Einstieg in eine wohl bis heute andauernde Epoche, in der insbesondere das Antikorruptionsstrafrecht immer wieder feinjustiert wurde und wird, nicht selten durch Vorgaben internationaler Organisationen. Allen, die sich gegen Korruption engagieren, zeigt das Gesetz von 1997 beispielhaft: Eine bessere Antikorruptionspolitik ist möglich.

Prof. Dr. Sebastian Wolf,
ehemaliges Vorstandsmitglied

2012

Das Hamburger Transparenzgesetz

„Hamburg hat sich im Jahr 2012 mit dem Transparenzgesetz zu den Grundsätzen einer offenen Verwaltung verpflichtet. Unser Transparenzportal bietet freien und anonymen Zugang zu allen relevanten Daten und Dokumenten der Stadtverwaltung.“ Das schrieb die Senatskanzlei im November 2022 voller Stolz im ersten Satz ihres Antrags auf Mitgliedschaft in der internationalen Open Government Partnership (OGP) Local Initiative.

Wir sind bei Transparency mit stolz darauf. Denn das Hamburgische Transparenzgesetz haben wir in einer Volksinitiative gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Partnern 2011/2012 durchgesetzt. Ein Anlass: Der Bau der heute von allen geliebten Elbphilharmonie brachte die Bürgerinnen und Bürger damals auf die Palme. Er sollte 77 Millionen Euro kosten, am Ende betrugen die Kosten das Zehnfache. In sechs Wochen hatten wir die benötigten Unterschriften locker zusammen.

Um das Gesetz schnell durchzusetzen, mussten wir im Anschluss in langen abendlichen Verhandlungen ein paar Federn lassen. So blieb die mittelbare Verwaltung (z.B. die Handelskammer) zunächst von den Veröffentlichungspflichten ausgenommen. Die Bürgerschaft verabschiedete das Gesetz einstimmig. Später nahm sie in der ersten Novelle, u.a. auf Druck von Transparency, auch die mittelbare Staatsverwaltung mit auf.

Das Transparenzgesetz wurde zur Vorlage für andere Bundesländer, nahm die Angst vor Open Government und machte Hamburg mit Open Data zum Vorreiter der Verwaltungsdigitalisierung. Dabei geht es um viel mehr: Transparentes Regierungshandeln ist Kulturveränderung. Diese Ambition erwarten wir auch vom Bundestransparenzgesetz, das Bestandteil des gerade beschlossenen 4. Nationalen OGP-Aktionsplans der Bundesregierung ist.

Wir bleiben dran.

Helena Peltonen-Gassmann,
ehemalige stellvertretende
Vorsitzende



2003

UN-Konvention gegen Korruption

Gleich am ersten Tag der Unterzeichnungskonferenz in Merida (Mexiko) am 9. Dezember 2003 unterzeichnete Deutschland die UN-Konvention gegen Korruption, kurz UNCAC. Aber danach hakte es: Die Ratifizierung erfolgte erst im November 2014. Warum?

Weil die deutsche Regelung zur Abgeordnetenbestechung nicht dem UNCAC-Standard entsprach. Zwar war Stimmenkauf bei Wahlen schon im Reichsstrafgesetzbuch strafbar und wurde in das Strafgesetzbuch überführt. 1953 wurde sie jedoch gestrichen, weil die Zeit fehlte, die Vorschrift gründlich zu überarbeiten. Die Zeit wurde sich anschließend genommen... insgesamt vierzig Jahre: bis 1994. Aber an Gründlichkeit mangelte es dann trotzdem, nur symbolisch

wirkte die damals erlassene Strafbarkeit. Bis der Standard der UNCAC erreicht wurde, vergingen weitere zwanzig Jahre.

Interessant finde ich, dass sich die Abgeordneten immer noch schwer taten und -tun, eine umfassende Regelung zu verabschieden. 1998 gelang dies übrigens sehr schnell, als die Umsetzung der OECD-Konvention gegen Auslandsbestechung anstand – ein weiterer internationaler Meilenstein der Korruptionsbekämpfung.

2018

Die Allianz für Lobbytransparenz



Alles begann mit einem Brief und der positiven Antwort des Bundesjustizministers Heiko Maas im Jahr 2016. Wir forderten mehr Transparenz für das Regierungshandeln. Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen sollten veröffentlicht werden. Maas griff den Vorschlag auf. Unsere Stellungnahme und die anderer Beteiligten wurden auf der Homepage des Ministeriums veröffentlicht. Andere Bundesministerien folgten dem Beispiel nach und nach.

Jeder Interessierte konnte nun die Forderungen der am Gesetzgebungsverfahren beteiligten Organisationen erfahren – inwieweit sie tatsächlich ihren Niederschlag im endgültigen Gesetz fanden, war jedoch weiterhin kaum nachvollziehbar. Es war nicht gelungen, die politische Öffentlichkeit für umfassendere Transparenzforderungen zu mobilisieren.

Das änderte sich schlagartig, als wir 2018 mit neuem Bündnis an die Öffentlichkeit traten. In der Bundespresskonferenz stellten wir gemeinsam mit dem Verband der Chemischen Industrie (VCI) ein Eckpunktepapier zur Regulierung der Interessenvertretung vor. Vorausgegangen waren eingehende Verhandlungen. Schnell waren wir uns im Grundsatz einig. Nötig seien verbindliche Regelungen

über den Kreis der am Gesetzgebungsprozess Beteiligten sowie deren finanzielle Kapazitäten. Wichtig sei darüber hinaus die Offenlegung des legislativen Fußabdrucks, des Niederschlags der Interessen im Gesetzestext. Nicht einigen konnten wir uns auf das Verfahren zum Gesetzesvollzug. Wir dokumentierten den Dissens. Unsere Forderung, den Gesetzesvollzug einer speziellen Lobbykontrolle zu übertragen, fand hierdurch eine besondere Beachtung. 2019 schlossen sich weitere Partner aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft an. 2021, nach der Maskenaffäre, wurde das Lobbyregistergesetz im Deutschen Bundestag verabschiedet. Das wichtigste Ziel der gemeinsamen Initiative harrt bis heute der Umsetzung: Es ist die Offenlegung des legislativen Fußabdrucks, mit der die Abwägung verschiedener Interessen im Gesetzgebungsprozess transparent gemacht wird. Die Novellierung ist derzeit im Gange. Doch die „Allianz für Lobbytransparenz“ hat exemplarisch vor Augen geführt, wie der ureigenste Ansatz von Transparency Deutschland, als „Koalition gegen Korruption“ durch auch ungewöhnliche Bündnisse die Dynamik der politischen Debatte zu verändern, funktioniert.

Prof. Dr. Edda Müller, ehemalige Vorsitzende

Von deren Wirkung waren allerdings „lediglich“ ausländische Abgeordnete betroffen.

Ob die 2014 gefundene Regelung umfassend genug ist, ist angesichts der Straflosigkeit der Corona-Maskendeals sehr zweifelhaft. Transparency fordert aktuell weiterhin eine Verschärfung, die Ampel hat es versprochen – wir werden sehen.

Zum 30-jährigen Jubiläum geht auch auf internationaler Ebene die Debatte weiter: Die UNCAC Coalition, zu deren

Mitgliedern Transparency Deutschland zählt, wird ihren Forderungen diesen Herbst besonderen Nachdruck verleihen. Denn auf der Vertragsstaatenkonferenz im Dezember in Atlanta soll der Rahmen der nächsten UNCAC-Evaluierungsrunden diskutiert und später verabschiedet werden.

Dr. Angela Reitmaier, ehemaliges Vorstandsmitglied



2020-2022

Erfolgreiche Antikorruptionsarbeit in schwierigen Zeiten

Die vergangenen Jahre gehören zu den herausforderndsten seit Bestehen der Bundesrepublik. Corona-Pandemie und Ukraine-Krieg haben nicht nur die politische Landschaft stark beeinflusst, sondern auch die zivilgesellschaftlichen Debatten geprägt.

Transparency Deutschland blieb davon nicht unberührt. Die Büroarbeit war durch die Corona-Maßnahmen stark eingeschränkt. Ein Mitglied des Vorstands musste sein Mandat infolge seiner Querdenker-Positionen in den Debatten um die Corona-Politik niederlegen, die gesamte von ihm geleitete Arbeitsgruppe wurde aufgelöst.

Es spricht für das große Engagement der hauptamtlichen Mitarbeitenden wie aller Ehrenamtlichen, dass trotz dieser enormen Belastungen die inhaltliche Arbeit sehr erfolgreich weiterlief. Am signifikantesten gelang dies beim Kampf um ein Lobbyregister. Seit zwanzig Jahren von Transparency gefordert, ist es 2021 endlich Gesetz geworden – ein erster, noch lückenhafter Schritt, der nicht zuletzt durch uns stark beeinflusst wurde.

Ob Hinweisgeberschutz, Abgeordnetenbestechung oder Unternehmensstrafrecht, um nur einige Beispiele zu

nennen – Transparency Deutschland blieb „am Ball“ und brachte unsere Anliegen voran. Der Koalitionsvertrag der derzeitigen Bundesregierung im Herbst 2021 spiegelte dies. Bei all den genannten Anliegen hat die „Ampel“ versprochen, in unserem Sinn neue Gesetze auf den Weg zu bringen. Beim Hinweisgeberschutz hat sie dies inzwischen eingelöst. Besonders unserer Forderung nach einem Transparenzgesetz muss angesichts der Zögerlichkeit der Ampelregierung durch unsere Arbeit weiter Nachdruck verliehen werden, Intransparenz wie bei Cum-Ex und Dieselgate dürfen sich nicht wiederholen.

Dabei sind wir kein großer „Polit-Tanker“, sondern mit unseren rund zehn Festangestellten im Grunde ein kleines Segelschiff. Doch mit dem Wind der internationalen „Marke“ Transparency im Rücken und unserer Mischung sehr engagierter und gleichzeitig sehr kompetenter Mitstreiter:innen kommen wir bei unseren Themen erstaunlich gut voran. Unser gemeinsames Bohren dicker Bretter lohnt sich. Lassen Sie uns so weitermachen.

Hartmut Bäumer, ehemaliger Vorsitzender

Transparency und die Korruptionsdebatte seit 1993

In den 1990ern setzte eine grundlegende Wende im politischen und gesellschaftlichen Umgang mit Korruption ein – und Transparency spielt seither eine wesentliche Rolle.

JENS IVO ENGELS

Korruption ist so alt wie die Menschheit – oder zumindest so alt wie das Gemeinwesen. Diese Einschätzung liest man oft und es ist auch etwas dran. Schon die alten Griechen und Römer kritisierten Stimmenkauf bei Wahlen und gierige Amtsträger. Richtig ist aber auch, dass die Vorstellungen von akzeptabel und inakzeptabel sich ständig ändern. Auch die Dringlichkeit des Kampfes gegen Korruption war nicht immer gleich.

Die letzten dreißig Jahre sind ein gutes Beispiel für diesen Wandel. Zwischen dem Zweiten Weltkrieg und den späten 1980er Jahren wurde weltweit eher wenig über das Thema diskutiert. Das änderte sich fast schlagartig am Beginn der 1990er Jahre. Und Transparency International war mittendrin. Genauer gesagt: Ohne Transparency sähe die heutige Debatte gewiss völlig anders aus.

Was war neu? Dauerhafte Kritik an politischer Korruption hatte es schon einmal am Beginn des 20. Jahrhunderts gegeben, doch mit einer anderen Zielrichtung. Damals kam die Kritik meist von den politischen Rändern, wandte sich gegen den Parlamentarismus und vehement gegen die Marktwirtschaft. Das war in den 1990ern völlig anders. Nun dominierte die Hypothese, dass Korruption nicht die Folge der Marktwirtschaft ist, sondern sie behindert. Erstmals beschäftigte sich die Wirtschaftswissenschaft ernsthaft mit Korruption als Wachstumshemmnis. Man war nun sicher, dass der Parlamentarismus nicht die Korruption hervorbringt, sondern Korruption den demokratischen Prozess lähmt.

Der internationale Kampf gegen Korruption

Und es kam zu einer dritten, entscheidenden Innovation: Korruption war bislang als nationales Problem verstanden worden. Nun widmeten sich erstmals internationale und supranationale Organisationen dem Kampf gegen das „Krebsgeschwür der Korruption“ (Weltbankpräsident James Wolfensohn). Weltbank, OECD, die Vereinten Nationen, später auch die Europäische Union verabschiedeten Resolutionen und Aktionspläne gegen Korruption. Die beginnende Globalisierung der Wirtschaft wurde begleitet von der Globalisierung des Kampfes gegen Korruption.

Korruption ist so alt wie die Menschheit – oder zumindest so alt wie das Gemeinwesen.

In diesem Prozess spielte die zunächst recht kleine, aber sehr schlagkräftige und international bestens vernetzte NGO Transparency International eine entscheidende Rolle. Die Gründerväter um Peter Eigen und Jeremy Pope nutzten gezielt ihre vielen

Kontakte, um das Thema auf die Agenda in den internationalen Organisationen zu setzen. Außerdem entwickelten sie konkrete Lösungsstrategien, wie zum Beispiel das Instrument der „Integritätspakte“ als Voraussetzung für Wirtschaftshilfe in Schwellenländern und Ländern des Globalen Südens. Und sie beharrten darauf, dass das Thema nur gemeinsam mit Partnern vor Ort angegangen werden könne. So kam es, dass Transparency in der internationalen Antikorruptionsdebatte der 1990er Jahre mit vielen Regierungsvertretern auf Augenhöhe verhandelte. Es war die Zeit, in der Nichtregierungsorganisationen erstmals

als politische Experten ernstgenommen wurden, zum Beispiel auch im Bereich Umweltschutz. Gemeinsam mit anderen Akteuren prägte Transparency die damals entstehende Debatte über gute Regierungsführung, zu der eben auch die Zurückdrängung von Korruption gehörte.

Die Compliance-Revolution

Der Einfluss dieser Debatten war tiefgreifend und betraf immer auch die Wirtschaft. Rund zehn Jahre später vollzog sich die sogenannte „Compliance-Revolution“ (Hartmut Berghoff). Gemeint ist die Tendenz von Unternehmen, für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Richtlinien für gutes Verhalten zu entwerfen und deren Einhaltung auch intern zu kontrollieren. Dazu gehören sehr viele Facetten – vom Sozialverhalten am Arbeitsplatz über die Vermeidung von Interessenkonflikten bis hin zur Regulierung der Geschenkkannahme. Heute sind die Compliance-Abteilungen aus der Struktur großer Unternehmen nicht mehr wegzudenken.

Transparency International hat aber nicht nur auf struktureller Ebene erheblichen Einfluss ausgeübt. Die Organisation prägte den Stil der öffentlichen Debatte über das Korruptionsproblem. Verantwortlich dafür war die Erfindung des Korruptions(wahrnehmungs)index im Jahr 1995, der bis heute jährlich erhoben

Der Korruptionsindex verwandelte das so schwer greifbare, abstrakte Thema in eine Frage des Wettbewerbs: Er zeigte der Öffentlichkeit den Platz des jeweiligen Landes im internationalen Vergleich.

wird. Der Schöpfer des Index war der junge Wirtschaftswissenschaftler Johann Graf Lambsdorff, der zu dieser Zeit in der Transparency-Geschäftsstelle in Berlin arbeitete. Der Ursprungsgedanke war wohl, Korruption messbar zu machen, um ihre wirtschaftlichen Folgen zu analysieren. Aus dem wissenschaftlichen Instrument wurde aber von der ersten Veröffentlichung an vor allem ein schlagkräftiges Kommunikationstool. Denn der Index setzte auf ein Länderranking: An der Spitze lagen die nahezu korruptionsfreien, am unteren Ende die korruptesten Länder. Rankings kamen in den 1990er Jahren gerade in Mode, um Organisationen, Unternehmen und ganze Nationen miteinander zu vergleichen. Der Korruptionsindex verwandelte das so schwer greifbare, abstrakte Thema in eine Frage des Wettbewerbs: Er zeigte der Öffentlichkeit den Platz des jeweiligen Landes im internationalen Vergleich. Vor allem in den ersten zehn bis fünfzehn Jahren erregte er jedes Jahr aufs Neue große Aufmerksamkeit. Gerade in der deutschen Debatte fand der Wettbewerbsgedanke damals große Resonanz, und zwar in vielen unterschiedlichen Bereichen. Obwohl Deutschland stets einen der vorderen Plätze belegte (zwischen 10 und 20), kritisierten Medien und einige Politiker vehement das schlechte Abschneiden der Bundesrepublik und forderten Konsequenzen. Der Index dynamisierte also die politische Debatte und er erzeugte politischen Handlungsdruck.

Nach der stürmischen Aufbruchphase der 1990er und frühen 2000er Jahre ist der Kampf gegen Korruption Teil politischer Routine geworden. Korruptionsbekämpfung ist an vielen Stellen institutionalisiert, mit Programmen implementiert und damit Alltag geworden. Die Grenzen des akzeptablen, mit einem Schulterzucken früher akzeptierten Fehlverhaltens von Beamten, Entscheidungsträgern und Managern sind deutlich enger geworden.

Populismus als neue Herausforderung

Nicht alle Entwicklungen sind ohne Kritik geblieben. So waren die wenigen Gründungsväter von Transparency nicht Sprachrohr einer sozialen Bewegung, sondern handelten nur im eigenen Namen. Sie haben die Ursachen von Korruption eher bei öffentlichen Verwaltungen gesucht und weniger in den

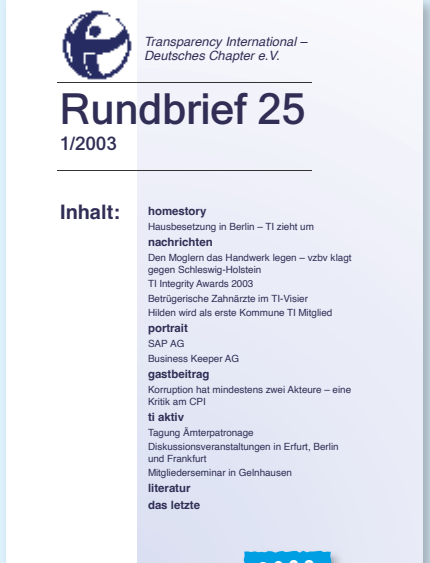
Unternehmenskulturen. Beim Korruptionsindex wurde in den ersten Jahren selten darauf hingewiesen, dass es sich um quantifizierte Wahrnehmungen und nicht um statistisch belegte Zahlen handelte. Außerdem ist dem Index zu Recht vorgeworfen worden, dass er postkoloniale Vorurteile reproduzierte. Einiges hat sich seither geändert. Transparency hat heute unzählige ehrenamtliche Mitglieder und der Index wird deutlich problembewusster publiziert.

Mittlerweile gibt es eine neue Herausforderung. Die seit etwa zehn Jahren erstarkenden populistischen Bewegungen haben sich den Korruptionsvorwurf zu eigen gemacht. Weltweit wird in demokratischen Systemen mit einem oft undifferenzierten Vorwurf gegen „die da oben“ polemisiert. Der Vorwurf zielt auf die angeblich korrupten Eliten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, denen die „einfache Bevölkerung“ gegenübergestellt wird. Die Wirkung ist fatal, auch wenn die Kritik oft unglaubwürdig bleibt. Gerade Populisten wie der ehemalige US-Präsident Donald Trump, der frühere österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz oder der brasilianische Ex-Präsident Jair Bolsonaro bedienen immer wieder die Korruptionspolemik gegenüber ihren politischen Gegnern, während sie geradezu schamlos private Interessen im Amt verfolgten. Es ist verstörend, dass ihre Anhänger darin oft kein Problem sehen.

Für die Akteure der Korruptionsbekämpfung folgt daraus eine große Verantwortung. Missstände dürfen nicht verschwiegen werden. Aber es muss sehr genau darauf geachtet werden, kein verzerrtes Bild unserer Demokratie zu zeichnen. Sonst könnte sich ein historisches Muster wiederholen: In den 1920er und 1930er

Jahren putschten sich in ganz Europa rechtsautoritäre Regierungen an die Macht – mit der Behauptung, man müsse den Sumpf der korrupten Demokratie austrocknen.

Jens Ivo Engels ist seit April 2008 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Technischen Universität Darmstadt. Engels hat u.a. die Bücher „Die Geschichte der Korruption. Von der Frühen Neuzeit bis ins 20. Jahrhundert“ (2014) sowie „Alles nur gekauft? Korruption in der Bundesrepublik Deutschland 1949-2012“ (2019) veröffentlicht.



1999

2003

„Mitgliederrundbrief“, unter diesem Namen wird das regelmäßige Schreiben anfangs verschickt. Wie heute informiert er über aktuelle politische Entwicklungen ebenso wie über Vereinsinterna. Die Rubrik „Nachrichten und Berichte“ bildet somit den Scheinwerfer-Nukleus. Stück für Stück kommen inhaltliche Rubriken hinzu, beispielsweise das „Gerichtsurteil im Fokus“ oder „Rezensionen“. Interviews lockern das Heft mit der Zeit auf.

Auch die äußere Gestalt ändert sich: Zunächst schwarz-weiß gesetzt, kommt mit Ausgabe 18 etwas Farbe ins Spiel. Mit Ausgabe 25 macht das Editorial auf dem Cover Platz für einen größeren Titel, bevor Ausgabe 38 erstmals ein Titelbild ziert. Damals geht es Schlag auf Schlag, denn mit Ausgabe 39 im April 2008 bekommt das Magazin seinen heutigen Namen: „Scheinwerfer“. Ab Ausgabe 55 im Juni 2012 erhält das Magazin einen weiteren neuen Anstrich – und wird auch in einer Printversion hergestellt, welch Luxus! Seit Anfang 2018 erscheint der Scheinwerfer im heutigen, von Alexandra von Béry entworfene Gewand.

Viele inhaltliche Linien – und politischen Kämpfe – ziehen sich von den Anfängen bis heute. So schrieb der damalige Vorsitzende Michael Wiehen im Mai 1999 in seinem Editorial von Ausgabe 10: „Unsere

Arbeit zum Thema Informationsfreiheits-Recht stößt auf grosses Interesse, aber es wird auch ziemliche Widerstände geben. Das Geheimhaltungsprinzip ist tief verwurzelt in Deutschland, und die Verfechter des status quo haben eine lange Liste von Argumenten entwickelt, warum der Bürger nur sehr eingeschränkter Zugang zu Informationen haben darf.“ Diese Einschätzung trifft mit Blick auf die derzeitige Debatte um das Bundestransparenzgesetz teils noch immer zu.

„Es lohnt sich also, gerade jetzt unsere Arbeit unbeirrt fortzusetzen.“

Hansjörg Elshorst

Auch ein Editorial aus dem Jahr 2003 von Hansjörg Elshorst, einem entscheidenden Wegbereiter von Transparency International und Transparency Deutschland, liest sich vor dem Hintergrund des russischen Angriffs auf die Ukraine oder der Klimakatastrophe aktueller denn je: „Vielleicht ist es ja so, dass die Welt und wir zurzeit andere Probleme haben als die Korruption in Deutschland. Aus internationaler Er-

fahrung wissen wir allerdings, dass gerade in Zeiten der Krise und des Umbruchs Korruption auch dramatisch zunehmen kann. Zwar gibt es zahllose andere legitime Prioritäten, sie alle können aber weniger wirksam angegangen werden, wenn Korruption die Leistungsfähigkeit des öffentlichen und des privaten Sektors unterminiert. Es lohnt sich also, gerade jetzt unsere Arbeit unbeirrt fortzusetzen.“

In diesem Sinn möchte ich Ihnen nicht nur das Schmökern in alten Ausgaben ans Herz legen – Sie finden alle Scheinwerfer ab Ausgabe 10 in digitaler Form unter www.transparency.de/publikationen. Sondern ich hoffe, dass Sie Transparency Deutschland und den Scheinwerfer weiterhin unterstützen. Das Magazin wird aus den Mitglieds- und Förderbeiträgen sowie Spenden der vielen Unterstützer:innen finanziert. Dafür möchte ich mich im Namen der gesamten Redaktion sehr herzlich bedanken.

Anlässlich der 100. Ausgabe des Magazins möchten wir auf dieser Doppelseite einige aktuelle und ehemalige Redakteur:innen zu Wort kommen lassen – zusammengestellt von meiner Kollegin, Scheinwerfer-Urgestein Anja Schöne.

Adrian Nennich, Redaktionsleiter seit 2019



→ Rückblick zur 100. Ausgabe

„Scheinwerfer – an diesem Titel gefällt mir die Doppeldeutigkeit: Das Licht der Aufklärung soll das dunkle Feld der Korruption beleuchten; und gleichzeitig verbildlicht der Name jemanden, der in fragwürdiger Weise mit Geld um sich wirft. So wie etwa auch die Bundesregierung: Vor Kurzem wurde bekannt, dass sie im Laufe der letzten fünf Jahre insgesamt 1,47 Millionen Euro Honorarzahungen für Moderationen, Medientraining und die Produktion von Videos aufgewendet hat. Ein großer Teil der Journalistinnen und Journalisten, die sie damit beauftragt hat, kommen von öffentlich-rechtlichen Sendern wie ARD und ZDF, bei denen die Staatsferne eigentlich im Programm steht.“

Korruption ist ein schleichendes Gift, das oft unmerklich, doch auf Dauer höchst verderblich wirkt. Vertrauen wird zerstört, die Gesellschaft als Ganzes hat darunter zu leiden, die Demokratie nimmt Schaden. Deshalb wünsche ich Transparency für die Zukunft, nicht nachzulassen, mit dem Scheinwerfer Dinge ins helle Licht zu rücken. Möge die Botschaft in der Öffentlichkeit ankommen und es schaffen, uns aufzurütteln.“

Heike Mayer, Scheinwerfer-Redaktionsleiterin 2008 bis 2019

„Nach 64 Ausgaben und fast 16 Jahren im Redaktionsteam des Scheinwerfer, der noch Rundbrief hieß als ich das erste Mal dabei war, darf ich sagen: Für mich ist die Arbeit Scheinwerfer nicht nur aus inhaltlicher Sicht eine Bereicherung, sondern auch auf der menschlichen Ebene. Es war und ist immer wieder motivierend und faszinierend, mit so vielen vornehmlich jungen, ambitionierten und smarten Menschen, die etwas bewegen wollen, gemeinsam an einer Sache zu arbeiten und die Außenwahrnehmung von Transparency Deutschland mitzugestalten.“

Anja Schöne, Redaktionsmitglied seit 2007

„Es war eine in jeder Hinsicht bereichernde Zeit in der Redaktion: Viel gelernt und den „Korruptionshorizont“ enorm erweitert. Für die Zukunft wünsche ich dem Scheinwerfer wachsende öffentliche Verbreitung als das objektiv berichtende Sprachrohr über Korruption und die Aktivitäten der Antikorruptionsorganisation Transparency, dabei immer genügend Innovationskraft, Flexibilität und engagierte junge Mitarbeiter:innen, um am Puls der Zeit zu bleiben.“

Christa Dürr, ehemaliges Redaktionsmitglied

„Die Themenvielfalt des Scheinwerfer und die unterschiedlichen Expertisen seiner Autor:innen sind stets ein erfrischender Blick über den eigenen Teller, den ich seit 2009 sehr genieße. Es bereitet mir als Redakteurin große Freude, mich in neue Themenbereiche einzuarbeiten und Teil des Scheinwerfer-Teams zu sein. Als Wissenschaftlerin profitiere ich von erfahrenen Kolleg:innen. Von ihnen habe ich über die Jahre gelernt, komplexe Inhalte journalistisch für eine breite Leserschaft aufzuarbeiten.“

Dorthe Siegmund, Redaktionsmitglied seit 2009

„Wenn ich meine Scheinwerfer-Zeit Revue passieren lasse, denke ich vor allem an all die beeindruckenden und interessierten Menschen in der Redaktion. Besonders großen Spaß hat mir immer die Zusammenarbeit an Artikeln gemacht, weil es echtes Teamwork brauchte. Für die Zukunft wünsche ich Transparency und dem Scheinwerfer, dass das Magazin seine Relevanz auch in der immer schnelleren und digitalen Welt behält und vielleicht sogar ausbaut.“

Tilman Höffken, ehemaliges Redaktionsmitglied

POLITIK

Berliner Spende zeigt: Immer noch Lücken bei Parteienfinanzierung

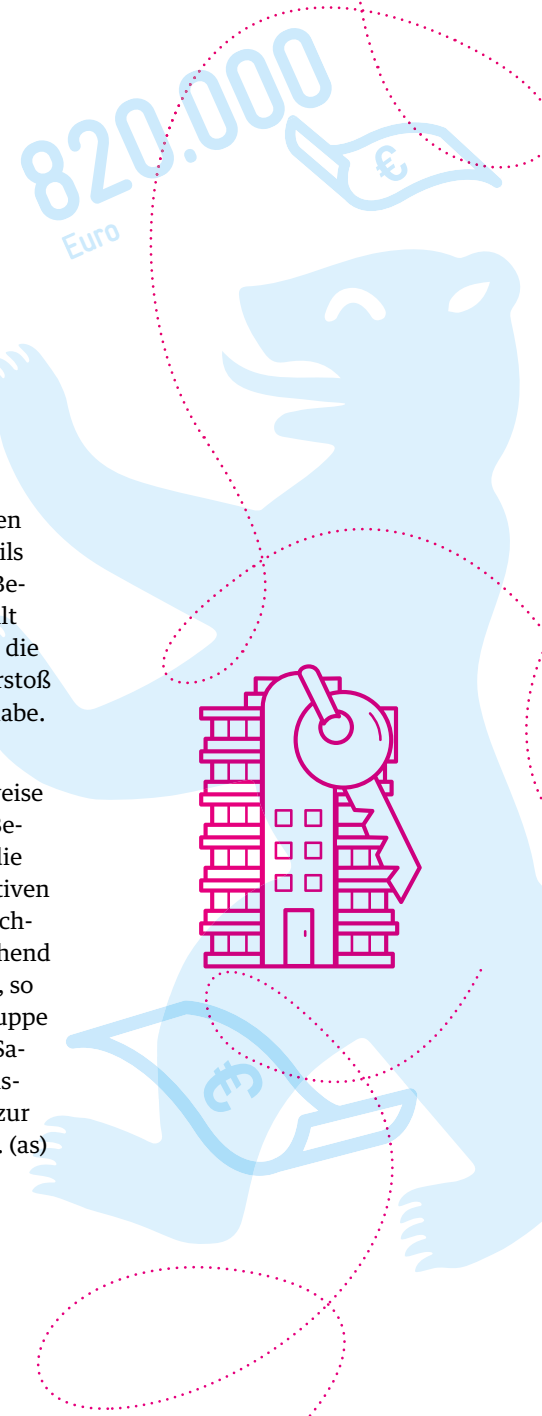
Das Bundestagspräsidium hat die von Transparency Deutschland initiierte Untersuchung zweier Spenden des Immobilienunternehmers Christoph Gröner an die Berliner CDU nach gut zwei Monaten eingestellt.

Die Berliner CDU hat im Jahr 2020 von Gröner bzw. seinem Unternehmen insgesamt 820.000 Euro erhalten. Öffentliche Aussagen legten nahe, dass er die Spenden an Bedingungen geknüpft habe. In einem Interview gegenüber *Deutschlandfunk Kultur* sagte er 2021 beispielsweise: „Ich habe der CDU drei Bedingungen gesetzt. (...) Ich habe gesagt: Wenn das Bundesverfassungsgericht den Mietendeckel nicht abschafft, dann möchte ich auch, dass die CDU den nicht abschafft, aber modifiziert.“

Deshalb hatte Transparency die Bundestagsverwaltung im Mai offiziell zur Überprüfung der Spende aufgefordert. Denn laut Parteiengesetz sind Spenden unzulässig, „die der Partei erkennbar in Erwartung

oder als Gegenleistung eines bestimmten wirtschaftlichen oder politischen Vorteils gewährt werden“. Mitte Juli teilte die Behörde mit, dass das Verfahren eingestellt werde, da eine Stellungnahme der CDU die Anhaltspunkte für einen möglichen Verstoß gegen das Parteiengesetz ausgeräumt habe.

Für Transparency ist die Entscheidung enttäuschend, denn es gebe klare Hinweise auf eine Verknüpfung der Spende mit Bedingungen. „Gleichzeitig ist klar, dass die Bundestagsverwaltung keine investigativen Kompetenzen hat, sondern nur eine nachgeordnete Verwaltung ist und entsprechend über begrenzte Möglichkeiten verfügt“, so die beiden Leiter:innen der Regionalgruppe Berlin/Brandenburg Knut Deimer und Sarina Korte. Deshalb braucht es aus Transparency-Sicht eine unabhängige Stelle zur Aufsicht über die Parteienfinanzierung. (as)



GOOD NEWS!



POLITIK

Einführung eines Lobbyregisters in Hamburg rückt näher

Die Regierungsfractionen von SPD und Grünen haben in der Hamburger Bürgerschaft einen gemeinsamen Antrag zur Einführung eines Lobbyregisters in dem Bundesland eingebracht. Das Register soll in Verbindung mit einem legislativen und exekutiven Fußabdruck künftig sichtbar machen, welche Interessenvertretungen an der Entstehung von Gesetzen beteiligt waren. Damit hat sich der zivilgesellschaftliche Druck der letzten Monate auszahlt.

So hatten die Verbände Mehr Demokratie und Transparency Deutschland bereits 2022 einen Gesetzentwurf für ein Lobby-

register erarbeitet und Anfang dieses Jahres ein Vorverfahren für eine Volksinitiative initiiert. Nach einem Bericht der *taz* ist der Gesetzentwurf eine Folge von Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien und den Verbänden mit dem Ziel, die Volksinitiative zu verhindern. Ulrike Fröhling, Co-Leiterin der Regionalgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein und Bremen von Transparency hatte im Februar im *Hamburger Abendblatt* erklärt, dass nur durch eine transparente Offenlegung aller Einflüsse auf die politische Willensbildung Korruption und Missbrauch zu verhindern seien. (dp)



POLITIK

Hessisches Lobbyregister: Transparency fordert Reform nach Landtagswahl

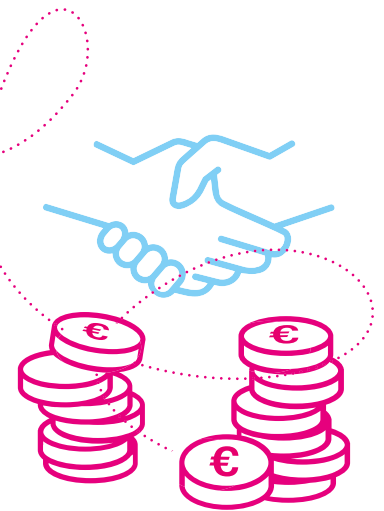
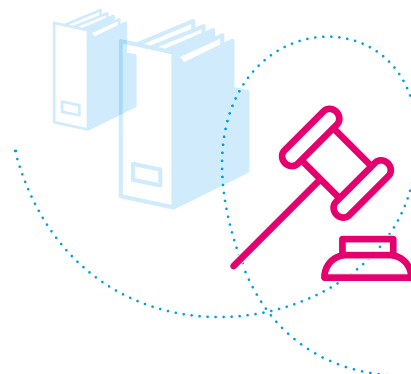
Ende Juni hat der Hessische Landtag ein Lobbyregister beschlossen. Doch das hat aus Sicht von Transparency Deutschland erhebliche Lücken und sollte nach den Landtagswahlen im Herbst reformiert werden. Abgesehen von sehr laxen Vorgaben für die Eintragung ist „die fehlende Verpflichtung, Anlass und Umfang von Interessenvertretung offenzulegen“, besonders problematisch. Denn „damit verfehlt das geplante Gesetz den eigentlichen Kerngedanken eines Lobbyregisters – den konkreten Inhalt und das Ziel von Interessenvertretung gegenüber der Öffentlichkeit darzustellen.“ Darauf weist Norman Loeckel, Co-Leiter der Arbeitsgruppe Politik, hin. Bei der anstehenden Reform sollte das Gesetz auch einen legislativen Fußabdruck aufnehmen und darüber hinaus dafür sorgen, dass Auftraggeber auch offengelegt werden müssen, wenn Lobbyismus im Interesse Dritter erfolgt. (as)

POLITIK

Reform des Bundes-Lobbyregisters: Nur kleine Schritte

Im Juni hat die Ampel-Koalition einen weiteren Schritt hin zu einer Verbesserung des Lobbyregisters getan. In erster Lesung befasste sich der Bundestag mit einem Reformgesetz. Für Transparency Deutschland deuten die angedachten Änderungen in die richtige Richtung, aber es bleibt noch viel Raum für Verbesserungen. Wichtigster Knackpunkt sind Ausnahmen für Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Sie müssen sich bisher gar nicht registrieren.

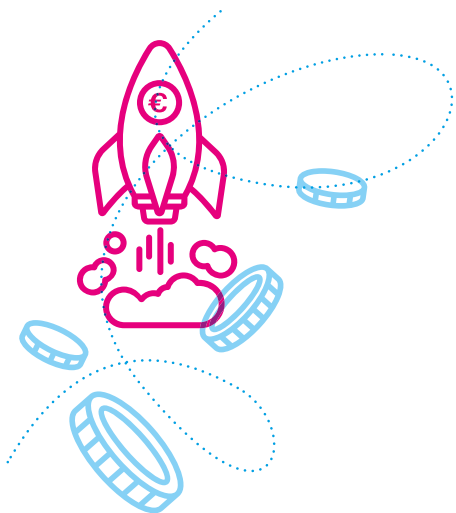
Dass letztlich auch ein legislativer Fußabdruck kommen soll, begrüßt Transparency Deutschland-Vorsitzende Alexandra Herzog ausdrücklich, auch wenn dafür noch kein konkreter Vorschlag vorliegt. Laut der Allianz für Lobbytransparenz, zu der Transparency gehört, müsse die nötige Dokumentation vom Gesetzgeber vorgenommen werden – nicht von den jeweiligen Interessenvertretern, wie von der Koalition bisher angedacht. Denn nur auf Seiten der gesetzgebenden Organe gebe es einen adäquaten Gesamtüberblick. Auch die Prüfbefugnisse der Bundestagsverwaltung müssen aus Sicht von Transparency noch weiter ausgebaut werden als bisher vorgesehen. (as)



POLITIK

Interessenkonflikt im Wirtschaftsministerium?

Ein weiterer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium geriet im Mai wegen einer etwaigen Vermischung von privaten und dienstlichen Interessen unter Druck. Udo Philipp sah sich mit Kritik wegen eines möglichen Interessenkonflikts bei der Förderung von Start-ups konfrontiert. Der Kern der Kritik besteht darin, dass Philipp im Bundeswirtschaftsministerium für die Gründerszene zuständig ist, gleichzeitig aber Beteiligungen an mehreren Start-ups besitzt. Philipp selbst erklärte gegenüber dem *Business Insider*: „Es ist im Einklang mit den Compliance-Regeln des Hauses sichergestellt, dass ich mit möglichen Entscheidungen zu den Unternehmen nicht befasst werde“. Keines der Unternehmen habe seit dem Regierungswechsel im Dezember 2021 Fördermittel aus dem Ministerium erhalten. Wolfgang Jäckle, Co-Leiter der Arbeitsgruppe Politik von Transparency Deutschland, sieht in den Unternehmensbeteiligungen hingegen einen Interessenkonflikt. Er forderte im *Redaktionsnetzwerk Deutschland*, dass bei den fraglichen Start-ups die geübte Förderpraxis des Ministeriums „gründlich auf Auffälligkeiten“ hin durchleuchtet werden müsse, um Bevorzugungen auszuschließen. (dp)



POLITIK

Kritik an Stellenbesetzung im Finanzministerium

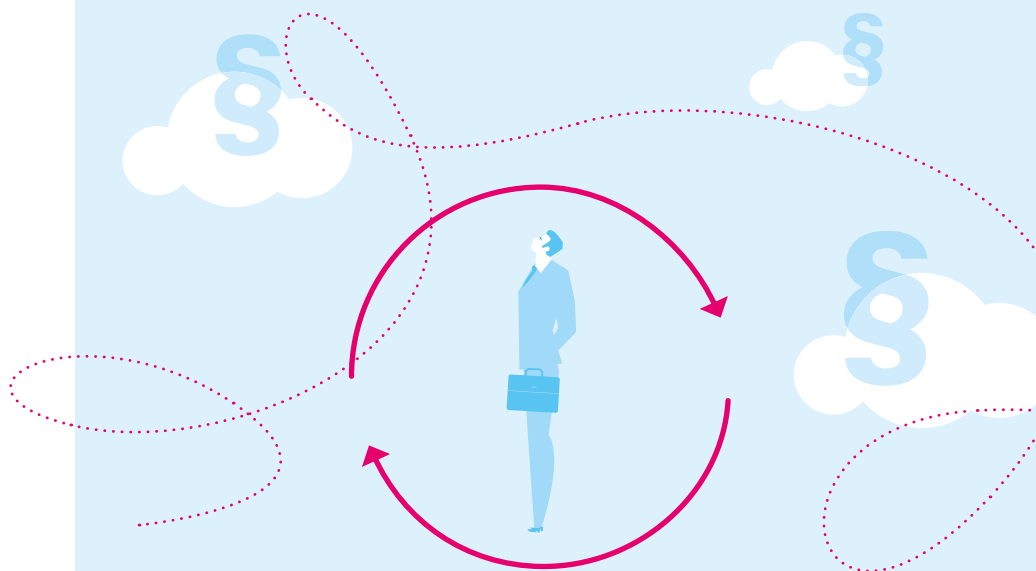
Wie mehrere Zeitungen berichten, hat Bundesfinanzminister Christian Lindner die Ehefrau des Bundesjustizministers Marco Buschmann (beide FDP) zur Referatsleiterin in seinem Ministerium befördert. Janina Hatt stieg zur Leitung des Referats IC4 auf. Dort ist Hatt für den Bereich „Moderner Staat und Bürokratieabbau“ zuständig. Hatt ist bereits seit Dezember 2021 im Bundesfinanzministerium als Referentin tätig, die Entscheidung dazu soll nach Informationen der *WELT* in der Zeit der Großen Koalition gefallen sein.

Die enge Verbundenheit von Lindner und Buschmann ist bekannt, spätestens seit Buschmann 2014 Bundesgeschäftsführer der Partei wurde. Nun gab es Kritik von der CSU, die den Vorwurf der Vetternwirtschaft erhob. Eine Sprecherin des Finanzministeriums entgegnete auf Presseanfragen, dass das Auswahlverfahren entlang des „regulären“ Prozesses und ohne Einbindung von Christian Lindner erfolgt sei. (HF)

POLITIK

Minister:innen mit Interessenkonflikten müssen sich aus Entscheidungen heraushalten

KOMMENTAR VON ROLF BLAGA



Entscheidungen von Mitgliedern der Bundes- oder Landesregierungen sind solange transparent, wie ihre Beweggründe dafür bekannt sind. Selbst dann, wenn offensichtlich der eigene Wahlkreis bevorzugt wird und gegen den ausdrücklichen Rat von Fachleuten gehandelt wird. Anders, wenn unklar bleibt, weshalb zugunsten einzelner Firmen, Institutionen oder Personen entschieden wurde. Es hat immer wieder Fälle gegeben, in denen Interessenkonflikte oder sogar „Klüngel“ solche Entscheidungen beeinflusst haben. Ein prägnantes Beispiel aus den zurückliegenden Jahren ist Jens Spahn, dem während seiner gesamten Zeit als Gesundheitsminister ein „Geschmäcke“ anhaftete. Die Beziehungen und Netzwerke werden aber meist erst im Nachhinein aufgedeckt. Ist es möglich, solchen Machtmissbrauch frühzeitig zu verhindern? Damit das geschieht, sucht Transparency Deutschland gemeinsam mit Mitstreitern nach Mitteln und Wegen.

Als Gesundheitsminister verschaffte Jens Spahn wiederholt Personen einflussreiche Posten, mit denen er beruflich oder

privat verbunden war. Für die Maskenbeschaffung vergab er anfangs Aufträge vorrangig an diejenigen, „die man kennt und einschätzen kann“. Das waren Freunde, Bekannte und Parteikolleg:innen sowie Firmen aus seinem Wahlkreis. Er versuchte, einem Testhersteller per Verordnung ein Millionengeschäft zu verschaffen. Dass er vor längerer Zeit bei dieser Firma im Aufsichtsrat gesessen hatte, musste er nicht anzeigen, denn laut Abgeordnetengesetz sind nur die „zuletzt ausgeführten Tätigkeiten“ zu nennen. Von anderen Minister:innen werden ebenfalls immer wieder Fälle von direkter Begünstigung bekannt: Aktuell Fälle enger Verquickungen im grün-geführten Wirtschaftsministerium oder die Bevorzugungen des eigenen Wahlkreises unter Andreas Scheuer (CSU), der 130,3 Millionen Euro für bayerische Straßen freigegeben hat. Für Aufsehen sorgte auch der Zuschlag für eine Batterie-Recyclinganlage in der Nähe von Münster durch die frühere CDU-Forschungsministerin Anja Karliczek, deren Wahlkreis in direkter Nachbarschaft liegt.

Transparency Deutschland setzt sich dafür ein, dass auch auf höchster staatlicher Ebene Vetternwirtschaft, Gefälligkeitsentscheidungen und Bevorzugung unmöglich werden. Dazu sind aus meiner Sicht vier Maßnahmen erforderlich: Erstens müssen hochrangige Entscheidungsbefugte in den Ministerien (einschließlich Regierungsmitglieder) zum Amtsantritt alle ihre bisherigen Berufs- und Gremientätigkeiten sowie Vereinszugehörigkeiten anzeigen. Außerdem sind finanzielle Beteiligungen an Personen- und Kapitalgesellschaften offenzulegen und diese Angaben aktuell zu halten. Zweitens müssen diese Erklärungen grundsätzlich öffentlich zugänglich sein. Ausnahmen, die etwa dem Persönlichkeitsschutz dienen, lassen sich gesetzlich regeln. Drittens braucht es eine Institution, ähnlich eine:r Bundesbeauftragte:n oder Behörde, die diese Angaben einfordert. Zu guter Letzt muss dokumentiert werden, ob hochrangige Entscheidungsbefugte im Vorfeld von Entscheidungen Interessenkonflikte oder persönliche Befangenheit offengelegt haben. Nach der „Richtlinie der Bundesregierung zur Korruptionsprävention in der Bundesverwaltung“ dürfen sie sich in so einem Fall nicht am Entscheidungsprozess beteiligen.

Mehr Transparenz und unabhängige Kontrolle der Regierungen waren noch nie so wichtig. Politiker:innen werden auf allen Ebenen hart angegangen und vielen wird misstraut. Die vorgeschlagenen Maßnahmen könnten dazu beitragen, Entscheidungen von Minister:innen nachzuvollziehen und damit das Vertrauen in die Demokratie zu stärken!

Rolf Blaga ist Leiter der Arbeitsgruppe Medizin und Gesundheit von Transparency Deutschland. Die Arbeitsgruppe hat ein Positionspapier zu Interessenkonflikten in der Medizin- und Gesundheitspolitik erarbeitet („Versteckte Interessenkonflikte, unausgewiesene Einflussnahme und mangelnde Transparenz – Bundesministerien besser kontrollieren“). In ihrem „Eckpunktepapier zur Stärkung von Transparenz, Integrität und Compliance in den Bundesministerien“ hat sich auch die Organisation LobbyControl zu dem Thema geäußert.

INTERNATIONALES

2,6 Millionen für ein Urteil: Ukrainischer Richter festgenommen

Der Vorsitzende des Obersten ukrainischen Gerichtshofs ist im Mai wegen mutmaßlicher Bestechlichkeit festgenommen worden. Insgesamt 1,8 Millionen US-Dollar stellten die Ermittler:innen des Nationalen Anti-Korruptions-Büros (Nabu) bei Richter Wsjewolod Knjasew sicher. Weitere Verhaftungen könnten folgen, denn laut Sonderstaatsanwaltschaft Sapó, die gegen korrupte Amtsträger:innen ermittelt, stand Knjasew an der Spitze eines kriminellen Netzwerks, dem auch andere Richter:innen des Obersten Gerichts angehört haben sollen.

Laut Sapó handelt es sich bei der Millionen-summe um Bestechungsgeld in einem Wirtschaftsprozess gegen den ukrainischen Oligarchen Konstantin Schewago. Eine untere gerichtliche Instanz hatte einen zwei Jahrzehnte zurückliegenden Verkauf von 40 Prozent des Bergbau- und Metallunternehmens Ferrexpo für illegal erklärt. Schewago war zum Zeitpunkt des Urteils Hauptanteilseigner des Unternehmens. Laut Nabu und Sapó hat Schewago den Juristen über Mittelsmänner gefragt, was es kosten würde, das Ferrexpo-Urteil aufzuheben. Knjasew habe daraufhin insgesamt 2,7 Millionen US-Dollar gefordert – 1,8 Millionen für ihn selbst und 900.000 für andere Richter:innen am Obersten Gericht. Schewago soll schließlich über einen Mittelsmann 2,6 Millionen Dollar übergeben haben. In der Folge urteilte die Große Kammer des Obersten Gerichts, die aus insgesamt 21 Richter:innen besteht, unter Vorsitz von Knjasew zu Schewagos Gunsten.

Korruption ist auch in Zeiten des Krieges weiterhin ein verbreitetes Problem in der Ukraine. Das Land belegt derzeit den 116. Rang von 180 Ländern im Korruptionsindex von Transparency International. Der Grad der wahrgenommenen Korruption im öffentlichen Sektor ist in der Ukraine in den letzten fünf Jahren leicht zurückgegangen, wobei Transparency International Ukraine den Ermittlungsbehörden Fortschritte attestiert. (dp)

INTERNATIONALES

Guatemala: Chance auf Rückkehr zur Demokratie?

KOMMENTAR VON DR. NIKLAS SIEBER

Mit der Wahl von Bernardo Arévalo vom Movimiento Semilla zum Präsidenten im August 2023 hat Guatemala die Chance, zur Demokratie zurückzukehren und die grassierende Korruption im Land zu bekämpfen. Doch die herrschende Elite – vom Volk „Pakt der Korrupten“ genannt – versucht mit allen Mitteln, die Macht im Land zu behalten. Immer wieder werden demokratische Kräfte, die Reformen anstreben, ausgeschaltet.

Schon 2014 musste Generalstaatsanwältin Claudia Paz y Paz Bailey das Land nach Drohungen verlassen. Paz y Paz leitete mehrere Untersuchungen zu den im Bürgerkrieg begangenen Kriegsverbrechen. In den ersten sechs Monaten ihrer Amtszeit gelang es, mehr Drogenhändler zu verhaften als in der ganzen vorangegangenen Zehnjahresperiode.

Auch ihre Nachfolgerin Thelma Aldana musste das Land 2018 fluchtartig verlassen, da es konkrete Morddrohungen von Seiten der im Parlament vertretenen Partei UCN gab. Aldana hatte Teile der Vorgängerregierung – unter anderem den Präsidenten Otto Pérez Molina – wegen Korruption ins Gefängnis gebracht. Sie war 2019 die aussichtsreiche Präsidentschaftskandidatin vom Movimiento Semilla. Am Tag, an dem sie sich als Präsidentschaftskandidatin registrierte, wurde ein Haftbefehl gegen sie wegen Unterschlagung und Steuerhinterziehung erlassen. Im Mai 2019 lehnte der Verfassungsgerichtshof ihre Kandidatur ab.

Präsident wurde ein Fernsehkomiker, der 2019 die von den UN eingesetzte „Kommission gegen Straflosigkeit“ auflöste, deren Hauptaufgabe die Bekämpfung der Korruption war. Daraufhin mussten eine zweistellige Zahl hochrangiger Jurist:innen

das Land verlassen, darunter Richter Miguel Ángel Gálvez und Schwerpunktstaatsanwalt Juan Francisco Sandoval.

Im ersten Wahlgang bei der Präsidentschaftswahl 2023 qualifizierten sich zwei Kandidat:innen für die Stichwahl: Sandra Torres, die ehemalige Frau des wegen Korruption verurteilten Ex-Präsidenten Álvaro Colom, sowie Bernardo Arévalo, Sohn des in den 1950er Jahren ersten demokratisch gewählten Präsidenten.

Angesichts von Arévalos Beliebtheit lässt die Elite des Landes nichts unversucht, um den Kandidaten und die Partei Semilla zu diskreditieren. Der Chefankläger der „Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit“ Rafael Curruchiche versuchte, Semilla von der Wahl auszuschließen. Dafür ist jedoch die Wahlkommission zuständig. Die Vereinigten Staaten sanktionierten Curruchiche wegen Strafvereitelung und falscher Anschuldigungen 2022 mit dem Entzug seines Visums. In der Folge von juristischen Auseinandersetzungen, die zu Ungunsten Semillas ausgingen, wurde dennoch das Büro von Semilla durchsucht und der Wahlkommission Verhaftung angedroht. Arévalo wurde trotzdem zur Stichwahl zugelassen.

Als Reaktion auf die Versuche, Arévalo zu diskreditieren, kam es im ganzen Land zu öffentlichen Demonstrationen. Besonders die Jugend unterstützte ihn in den sozialen Netzwerken. Torres griff zum Mittel der Bestechung, indem sie ihren Wähler:innen Taschen mit Lebensmitteln versprach, falls diese mit einem Foto des Wahlzettels beweisen könnten, sie gewählt zu haben – obwohl das Fotografieren einen Verstoß gegen das Wahlrecht darstellt.



Die zweite Wahlrunde gewann Arévalo mit 60,9 Prozent der gültigen Stimmen deutlich vor Torres mit 39,1 Prozent. Er kündigte an, die exilierten Jurist:innen und Journalist:innen in das Land zurückzuholen und die Korruption zu bekämpfen. Außerdem sollen die Ausgaben für das Bildungssystem erhöht und Jobs zur Armutsbekämpfung geschaffen werden. Leicht wird er es nicht haben, denn Semilla ist nur mit einer kleinen Minderheit im Parlament vertreten.

Sein Amt kann Arévalo erst 2024 antreten. Bis dahin bestehen weitere Gefahren für die Demokratie. Das Wahlgericht sprach ein Betätigungsverbot gegen Semilla aus. Es gibt Befürchtungen, dass noch andere Mittel benutzt werden, um Arévalos Amtsantritt zu verhindern. Sogar einen Mordversuch soll es gegeben haben, der zu Schutzmaßnahmen durch die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte führte. Die internationale Gebergemeinschaft – auch Deutschland – ist gefragt, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um Arévalo und somit Guatemala in diesem kritischen Moment zu unterstützen.

SICHERHEIT

Nationale Sicherheitsstrategie – eine vergeudete Chance für die Korruptionsbekämpfung

KOMMENTAR VON CHRISTOPH KOWALEWSKI UND MICKAEL ROUMEGOUX ROUELLE

Unter deutscher G7-Präsidentschaft betonten die Staats- und Regierungschefs im Kommuniqué der G7 im Juni 2022 die Gefahr von Kleptokratien für die nationale Sicherheit unserer Gesellschaft ausdrücklich. Zur Verteidigung der Integrität der demokratischen Systeme verpflichteten sie sich, den Kampf gegen Korruption zu verstärken.

Dieser Erfolg, teilweise auf unsere gelungene Lobbyarbeit zurückzuführen, bekräftigte uns in dem Glauben, dass diese Analyse – und Kampfansage! – Eingang in die Nationale Sicherheitsstrategie Deutschlands finden würde. Ein Termin mit Vertreterinnen und Vertretern des für die Erarbeitung zuständigen Stabs im Auswärtigen Amt im Herbst 2022 stärkte unsere Zuversicht.

Wider Erwarten wurde Korruption in der im Juni 2023 präsentierten Strategie jedoch lediglich im Zusammenhang mit Drittstaaten und der Entwicklungspolitik Deutschlands thematisiert. Das ist nicht nur enttäuschend, sondern beunruhigend. Strategische Korruption, das heißt der Einsatz von Korruption durch ausländische Staaten mit dem Ziel, politische Prozesse auch hierzulande zum eigenen Vorteil zu beeinflussen, stellt eindeutig eine Gefahr für die nationale Sicherheit dar.

Deutschland ist, neben den USA und den Europäischen Institutionen, eines der Hauptziele dieser Form der Korruption, die unter anderem mittels Bestechung von Abgeordneten, Unterstützung antidemokratischer Parteien oder lukrativer Posten für ehemalige Spitzenpolitikerinnen und -politiker in Staatsunternehmen erfolgt. Eindrucksvolle Beispiele: die „Aserbaidzhan-Affäre“, „Katargate“ oder profitable Posten für Gerhard Schröder in russischen Staatsunternehmen.

Deutschland hat eine Chance vergeudet, Korruptionsbekämpfung zu priorisieren und die Integrität unserer demokratischen Institutionen angemessen zu schützen. Schwer nachvollziehbar, dass eine Herausforderung, die der Bundeskanzler ein Jahr zuvor im Rahmen der G7 in führender Position anerkannt hat, auf nationaler Ebene keine Erwähnung findet. Wäre das auch passiert, wenn wir einen nationalen Antikorruptionsbeauftragten hätten, der die Kohärenz der Antikorruptionsverpflichtungen und -maßnahmen sicherstellt? Sicherlich ist das Bewusstsein und Bekenntnis im G7-Sherpa-Büro unter Staatssekretär Jörg Kukies, mit dem wir wiederholt Kontakt hatten (siehe Scheinwerfer

96), stärker ausgeprägt als bei anderen Ministerien. Unsere Aufgabe wird in den kommenden Monaten sein, das zu ändern.

Deutschland steht im starken Kontrast zum G7-Partner USA. Dort wurde Korruptionsbekämpfung 2022 in der Nationalen Sicherheitsstrategie explizit als Priorität der Sicherheitspolitik genannt und bereits 2021 eine umfassende Antikorruptionsstrategie vorgelegt. Deutsche politische Vertreterinnen und Vertreter hingegen nehmen nur selten an internationalen Konferenzen zu Korruption teil (siehe Scheinwerfer 98). Zudem haben die USA in ihrem Nationalen Sicherheitsrat eine Koordinierungsstelle zur Korruptionsbekämpfung geschaffen und leisten eine interministerielle Koordination. Präsident Joe Biden wird zu den Fortschritten persönlich unterrichtet.

Positive Ausblicke gibt es trotzdem. Geldwäsche wurde in der Sicherheitsstrategie klar als Risiko erkannt. Zudem soll eine Strategie zu hybriden Bedrohungen erarbeitet werden, in der strategische Korruption adressiert werden kann. Hierzu sind wir mit dem Bundesinnenministerium in Austausch getreten. Denn es bleibt unser Ziel, dass die Bundesregierung sich Korruptionsbekämpfung als Priorität zur Verteidigung der nationalen Sicherheit setzt.

Ausdrucksformen der Priorisierung der Korruptionsbekämpfung	 USA	 Deutschland
Anerkennung der Bedrohung durch Korruption in der nationalen Sicherheitsstrategie	✓	✗
Nationale Antikorruptionsstrategie	✓	✗
Regelmäßige Berichterstattung zu Fortschritten an Regierungschef sowie Parlament	✓	✗
Priorisierung der Korruptionsbekämpfung in zahlreichen Ministerien	✓	✗
Koordinationsstelle zur internationalen Korruptionsbekämpfung im Außenministerium	✓	✗
Regelmäßige Teilnahme pol. Vertreter:innen an int. Antikorruptionskonferenzen (z.B.: OECD GAFIC 2023, TI IACC 2022)	✓	✗
Gastgeber internationaler Antikorruptionskonferenzen (z.B.: UN COSP 2023, OECD GAFIC 2023, TI IACC 2022)	✓	✗
Auszeichnung internationaler Antikorruptionsaktivist:innen durch höchste Regierungsvertreter:innen	✓	✗

Inside Transparency

Neues aus den Arbeits-, Projekt- und Regionalgruppen,
zusammengestellt von Jochen Reinhardt



Die Regionalgruppe im Austausch mit drei SPD-Landtagsabgeordneten im März 2023

BaWü: Der lange Weg zum Landstransparenzgesetz

Seit vielen Jahren kämpft die Regionalgruppe Baden-Württemberg für ein Transparenzgesetz. Im Koalitionsvertrag haben Grüne und CDU im Mai 2021 die Weiterentwicklung des Landesinformationsfreiheitsgesetzes (LIFG) zu einem Transparenzgesetz angekündigt. Seitdem geht es eher schleppend voran.

Auf Anregung der RG hat die SPD-Fraktion im Landtag im Juni 2023 eine Anfrage nach dem Stand der Dinge des Evaluierungsprozesses gestellt. Das Landesinnenministerium antwortete im Juli unter Verweis auf die Komplexität des Verfahrens und die Mengen der auszuwertenden Daten, dass man noch keinen Termin nennen könne. Man sei angesichts der politischen Bedeutung mit „besonderem Nachdruck“ an dem Thema dran.

Konkrete Gesetzentwürfe liegen bereits auf dem Tisch, zum Beispiel von der Regionalgruppe von Anfang 2021 sowie vom ehemaligen Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit aus dem Jahr 2022.

Die RG wirbt für dieses Anliegen auch gemeinsam mit anderen Organisationen im Bündnis „Baden-Württemberg blickt durch“. Am 18. Oktober lädt die RG in der Stadtbibliothek Stuttgart zu einer Diskussion mit Barbara Bosch, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung.

Arbeitsgruppe Sport: Vortrag über Wettbewerbsmanipulation in Vilnius

Vor zahlreichen angehenden Führungskräften aus verschiedenen Ländern hat Prof. Dr. Nicolas Klein aus der Arbeitsgruppe Sport in Vilnius (Litauen) einen Vortrag über Wettbewerbsmanipulation insbesondere zum Zwecke des Betrugs mit Sportwetten gehalten. Den Rahmen bildete die „Transparency International School on Integrity“, eine jährlich stattfindende Schulung zur Korruptionsbekämpfung und zur Rechenschaftspflicht für zukünftige Führungskräfte, die von Transparency International Litauen veranstaltet wird.

Unter dem Titel „Match Fixing in Sports – Is Fair Play Possible?“ stellte Klein den Umfang des Problems von Manipulationen im Sport dar. Expert:innen des Unternehmens Sportradar hatten kürzlich ermittelt, dass Sportarten-übergreifend weltweit eines von 476 Spielen manipuliert ist – Tendenz steigend. Klein informierte über die Vorstellungen der AG Sport für ein umfassendes Präventionskonzept. Darüber hinaus stellte er auch die weiteren Integritätsthemen vor, mit denen sich die Gruppe beschäftigt, zum Beispiel sexualisierte Gewalt, Korruption in Sportverbänden und Diskriminierung.



Beim Vortrag in Vilnius: Nicolas Klein, Mitglied der Arbeitsgruppe Sport

Erfolgreich beim Schutz sensibler Daten

Die Arbeitsgruppe Medizin und Gesundheit feiert einen erfolgreichen Protest: In der im Juni verabschiedeten EU-Richtlinie zur Vereinfachung grenzüberschreitender Strafverfolgungen wurde bestätigt, dass in diesem Zusammenhang das Berufsgeheimnis einzelner Länder nicht unterlaufen werden darf.

Laut dem ursprünglichen Entwurf sollte es der Staatsanwaltschaft eines EU-Landes erlaubt sein, für ihre Ermittlungen Daten aus einem anderen EU-Staat direkt anzufordern. Das sollte selbst für „Berufsgeheimnisträger“ wie Rechtsanwält:innen, Ärzt:innen und Journalist:innen gelten. Weil in Polen Abtreibung strafbar ist, hätte zum Beispiel ein deutscher Provider die Daten von Schwangerschaftsabbrüchen polnischer Frauen herausgeben müssen. In Deutschland dagegen unterliegen Patient:innen-Akten der Schweigepflicht.

Gegen die vorgesehene Regelung hatte es einen wahren Proteststurm gegeben. Der kam von fast allen Institutionen, die bei Medien, Justiz, Digitalwirtschaft und Datenschutz Rang und Namen haben; vor allem aus Deutschland. Transparency Deutschland hatte gefordert, das Zeugnisverweigerungsrecht für medizinisches Personal zu garantieren. Dazu wurde mit EU-Parlamentariern korrespondiert. Mit Erfolg: Laut Richtlinie können Behörden und Provider des angefragten Landes Beweisanfragen ablehnen, wenn sie juristische Bedenken haben, zum Beispiel mit Blick auf die Schweigepflicht.

Regionalgruppe Niedersachsen im Austausch mit städtischen Antikorruptionsbeauftragten

Fehlende Ressourcen, fehlende Infrastruktur zur Umsetzung des Hinweisgeberschutzgesetzes, fehlender Austausch sowie fehlende Fortbildungsangebote – das sind einige der Baustellen, die die Antikorruptionsbeauftragten zehn niedersächsischer Städte bei einem von der Regionalgruppe Niedersachsen erstmals nach Corona wieder veranstalteten ganztägigen Treffen im Juli 2023 an der Universität Hannover darstellten. Gleichzeitig lobten sie die Möglichkeit zum fachlichen Austausch, den Transparency mit dieser Vernetzungsplattform geschaffen habe. 2024 soll der Dialog fortgesetzt werden.

Das Programm war dicht gepackt: Sieglinde Gauer-Lietz, Co-Leiterin der RG, stellte Ideen für ein Transparenzgesetz für Niedersachsen vor. Sven Aust, Antikorruptionskoordinator der Transparency-Mitgliedsgemeinschaft Leipzig, berichtete über den von Transparency entwickelten Verhaltenskodex für Mandatsträger:innen in einer Kommune. Denny Müller (AG Strafrecht und Mitglied der RG) führte aus, welche Neuerungen das Hinweisgeberschutzgesetz für Städte mit sich bringt. Christopher Bohlens, Co-Leiter der AG Wissenschaft und der RG Niedersachsen, skizzierte Ansätze zur Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) und Datenanalyse, um Korruptionsrisiken zu erkennen. Abschließend referierte Susanne Busche vom Landeskriminalamt Niedersachsen zum Thema LKA und BKMS Meldesystem.

Konkretes Ergebnis der Netzwerk-Veranstaltung: Noch im Juli richtete die RG Niedersachsen gemeinsam mit dem Bund Deutscher Kriminalbeamter (Landesverband Niedersachsen) einen öffentlichen Brief an die Landesregierung mit der Forderung zur Einführung einer zentralen Compliance-Stelle für das Land Niedersachsen.

re:publica-Talk: Mit offenen Daten gegen Geldwäsche

Der erstmalige Auftritt von Transparency Deutschland auf der re:publica in Berlin, der größten europäischen Digitalkonferenz, war für alle Beteiligten ein gelungenes Debüt. Unter dem Motto CASH nahm die Konferenz im Juni den weltweiten Strom des Geldes in den Blick – da durfte Transparency nicht fehlen. Rund 30 Teilnehmer:innen, überwiegend Journalist:innen und Compliance-Expert:innen, kamen zu der von Transparency organisierten Paneldiskussion. An der Vorbereitung waren die Regionalgruppe Berlin/Brandenburg, die Arbeitsgruppe Finanzwesen und das Scheinwerfer-Team beteiligt.

Zum Thema „Offene Daten vs. schmutziges Geld“ diskutierten Maira Martini vom internationalen Sekretariat von Transparency in Berlin und der Journalist Michael Hornsby vom Anti-Corruption Data Collective (ACDC). Moderatorin Anna-Maija Mertens, Geschäftsführerin von Transparency Deutschland, wies auf die Schlüsselrolle hin, die Deutschland als „Enabler“ von Korruption einnimmt. Durch die Intransparenz von wirtschaftlichem Eigentum werde die Korruptionsbekämpfung und die Durchsetzung der aktuellen Sanktionen gegen Russland stark behindert. Die Expert:innen tauschten sich darüber aus, wie die verfügbaren Informationen über wirtschaftliches Eigentum in Deutschland und international in einem strukturierten und durchsuchbaren Format bereitgestellt werden müssten, damit Ermittlungsbehörden, Presse und Zivilgesellschaft diese effektiv auswerten können.

Gemeinsam für Nachhaltigkeit: UN Global Compact Netzwerk Deutschland e.V. gegründet

Auf der Grundlage der Sustainable Development Goals (SDGs) verfolgt der UN Global Compact die Vision einer inklusiveren und nachhaltigen Wirtschaft zum Nutzen aller. Korruptionsprävention ist auch dank Transparency eines von zehn Prinzipien, zu denen sich die teilnehmenden Unternehmen bekennen. Im UN Global Compact Netzwerk Deutschland (UN GCD) versammeln sich die deutschen Unterzeichner, darunter ca. 1050 Unternehmen sowie knapp 60 Vertretende der Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik. Der neu gegründete Verein UN Global Compact Netzwerk Deutschland e. V. gibt dem Netzwerk ein neues institutionelles Fundament. Transparency Deutschland zählt zu den Gründungsmitgliedern und wird von Christoph Kowalewski vertreten.



Christoph Kowalewski (ganz rechts) bei der Gründung des UN Global Compact Netzwerk Deutschland e.V.



EITI-Weltkonferenz in Dakar

Transparency Deutschland beteiligt sich seit 2015 an der globalen „Initiative für Transparenz im rohstoffgewinnenden Sektor“ (Extractive Industries Transparency Initiative Deutschland, EITI) – seit vielen Jahren vertreten von Edda Müller, ehemalige Vorsitzende von Transparency Deutschland. Müller reiste im Juni 2023 in die senegalesische Hauptstadt Dakar, wo die EITI auf ihrer Weltkonferenz ihr 20-jähriges Bestehen feierte. Transparency International konnte dort einen großen Erfolg verbuchen: Erstmals wurden eine Vertreterin und ein Vertreter von Transparency International in das Internationale Board gewählt. Es sind Clancy Moore, Geschäftsführer des Transparency International Accountable Mining Programme, das bei Transparency Australien angesiedelt ist, und Tamika Halwindi, Environmental Governance Officer von Transparency Zambia. (Mickael Roumegoux Rouvelle)

Wahlprüfsteine zur Bayerischen Landtagswahl 2023

Am 08. Oktober 2023 wird der Bayerische Landtag neu gewählt. Die Regionalgruppe Bayern hat im Vorfeld fünf Fragen an CSU, Grüne, Freie Wähler, SPD und FDP geschickt. Die Antworten zeigen, dass unsere Forderungen bei FDP, SPD, Freien Wählern und Grünen viel Unterstützung finden. Antikorruptionsbremse ist die CSU. Die vollständigen Antworten der Parteien können Sie auf www.transparency.de nachlesen. (Tassilo Schröck)

	CSU	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	FREIE WÄHLER Bayerns Stärke	SPD	Freie Demokraten FDP
1. Wird sich Ihre Partei für die Stärkung der Korruptionsprävention in Bayern einsetzen? Welche konkreten Maßnahmen sind dafür geplant?	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
2. Sind Sie für ein Bayerisches Transparenzgesetz?	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
3. Wird sich die Landespartei auf Bundesebene dafür einsetzen, dass der Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung (§ 108e StGB) verschärft wird?	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
4. Wie stehen Sie dazu, die Transparenz in der öffentlichen Beschaffung zu verbessern?	Nein	Teilweise	Teilweise	Ja	Teilweise
5. Sind Sie dafür, die öffentliche Beschaffungsverwaltung zu stärken?	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja



Die Teilnehmenden beim Forum Nachhaltigkeit im Bundeskanzleramt im Juni 2023

Julia Auf dem Brinke, politische Referentin von Transparency Deutschland, diskutierte im Mai mit Schüler:innen an der Knobelsdorff-Schule OSZ Bautechnik



Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ohne Risikoperspektive ↑

Es hat sich mal wieder gezeigt: Wenn Transparency Deutschland nicht im Raum ist, dann weist leider niemand auf die Korruptions- und Integritätsrisiken hin, die ein größeres Unterfangen gefährden. In dem Fall ist das Unterfangen die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie – der deutsche Beitrag zur globalen Agenda 2030. Der Raum war das Kanzleramt. Anlässlich der Halbzeit zur Erreichung der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) fand dort im Juni das „Forum Nachhaltigkeit“ statt. In diesem Rahmen tauschten sich Vertreter:innen von Verbänden mit der Bundesregierung aus, wobei ich Transparency Deutschland vertreten habe.

Die Zwischenbilanz zur Umsetzung der SDGs ist durchwachsen: Deutschland liegt bei 37 der 76 Indikatoren „off track“. Global sieht es nicht besser aus. In der deutschen Strategie wird zwar auf die „Schlüsselfunktion des Ziels 16“, das Korruptionsbekämpfung enthält, hingewiesen, es wird aber isoliert betrachtet. Eine Status Quo-verändernde Agenda kann nicht erreicht werden, wenn man vernachlässigt, wie die Profiteure des Status Quo diesen auch mittels Korruption verteidigen. (Christoph Kowalewski)

Interaktive Einblicke in die deutsche Lobbylandschaft

Welche Verbände investieren mehr als fünf Millionen Euro pro Jahr in Lobbyarbeit? Wie viele Beschäftigte einer Organisation sind in der Interessenvertretung tätig? Zu welchem Themengebiet arbeiten die meisten Lobbyorganisationen?

Diese Fragen können mithilfe der neuen interaktiven Webseite „IntegrityWatch Deutschland“ von Transparency Deutschland spielerisch leicht beantwortet werden. Die Plattform bereitet die Daten aus dem Lobbyregister des Bundes grafisch auf, sodass sie per Mausklick je nach persönlichem Interesse durchsucht, gefiltert und sortiert werden können. Die Webseite basiert auf IntegrityWatch EU, einer von Transparency International EU betriebenen Plattform mit Daten zu Lobbyismus auf EU-Ebene.

Machen Sie sich selbst ein Bild von der deutschen Lobbylandschaft unter integritywatch.transparency.de.

Schulprojekte: Boost dank Stiftung Chancen für Kinder

Seit 2016 befasst sich Transparency Deutschland damit, das Thema Korruption im schulischen Kontext einzubringen. Bisher kommt es in Lehrplänen kaum vor. In den vergangenen Jahren hat die Arbeitsgruppe Politische Bildung sechs Unterrichtsmaterialien für die Sekundarstufe 2 erstellt und an Gymnasien in Berlin und Bayern getestet. Dank einer ersten Förderung der Stiftung Chancen für Kinder in Höhe von 20.000 Euro ab April 2021 konnte das Material an mehr als 3.100 Gymnasien versendet werden. Abgerundet wurde das Projekt durch die Ausschreibung des ersten Transparency-Kunstwettbewerbs im März 2021. Er zielte darauf ab, das Thema Lobbyismus kreativ aufzuarbeiten, um Schüler:innen noch stärker zu aktivieren. Im Jahr 2022 folgte ein zweiter Kunstwettbewerb anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft in Katar.

Durch eine zweite Förderung in gleicher Höhe ab Oktober 2022 konnten Ehren- und Hauptamtliche von Transparency Schulen und Universitäten besuchen, Unterrichtsstunden halten und Teach-the-Teacher-Workshops durchführen. Um das Projekt herum plant die Arbeitsgruppe neue Aktivitäten für die kommenden Monate – weitere Termine mit Lehrerfortbildungsinstituten und Schulbesuchen stehen bereits im Kalender. Die Arbeitsgruppe Politische Bildung freut sich über neue engagierte Mitstreiter:innen. Bei Interesse melden Sie sich gerne in der Geschäftsstelle. (Meike Krieger)

FOKUS CYBERKRIMINALITÄT

Practitioners' Circle im Juni 2023 in Bonn

MARIE-CARIN VON GUMPPENBERG & SOJA GROLIG



Sonja Grolig fasst zusammen, was in den kirchlichen Häusern bereits zum Thema Cyberkriminalität gemacht wird.

Unerwartet landet eine E-Mail im Postfach einer Referentin bei einem kirchlichen Hilfswerk: Eine Kollegin sei verunglückt, sie solle rasch Geld an sie überweisen; Plötzlich verändert sich der E-Mail-Verkehr mit einem Projektpartner, der Sprachduktus ist anders; Auf einmal soll das kirchliche Hilfswerk die nächste Überweisung für das Projekt auf ein anderes Konto überweisen – ganz schnell – es ist dringend; Der seit Jahren bekannte Partner schickt eine E-Mail mit einem Anhang, die der Referent im kirchlichen Hilfswerk öffnet: Auf einmal ist der Bildschirm schwarz und alle Partnerdaten sind weg; Die E-Mail war gar nicht vom wohl bekannten Partner, sondern einer unbekannt Person, die im Namen des Partners die E-Mail verschickt hatte.

Diese und andre Fälle von Cyberkriminalität haben sich in den letzten Jahren in der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) gehäuft. Dies war Anlass für die Transparency-Arbeitsgruppe, dieses Thema im Rahmen des diesjährigen Practitioners' Circle zu diskutieren. Seit 2016 gibt es den Practitioners' Circle. Dort kommen „Praktiker“ aus den kirchlichen Häusern zusammen, die sich mit Fragen von Antikorruption, Integrität und Compliance beschäftigen.

Dank der Vermittlung durch die Arbeitsgruppe Finanzwesen präsentierte zunächst Sabine Steudten von der Volksbank ihre Erkenntnisse zum Thema Cyberkriminalität. Eindrücklich stellte sie dar, wie heutzutage Betrüger im Netz mit wenig Aufwand, mit ein paar Klicks und den richtigen Tools große Schäden verursachen können. Die Innovationskraft der Betrüger im Netz ist unbegrenzt – dasselbe gilt für ihre Methoden: Angriffe mittels künstlicher Intelligenz, Ransomware-as-a-Service, Multi-Channel-Phishing. Ihr Fazit: Da technische Sicherheitsmaßnahmen an diesen sich ständig ändernden Trends scheitern, kommt es mehr denn je auf die Wachsamkeit der Mitarbeitenden an. Die beste Methode, um Sicherheitsrisiken zu minimieren, ist es deshalb, stets über die neuesten Methoden informiert zu sein.

In der anschließenden Diskussion zeigte sich, dass die kirchlichen Werke bereits einiges tun: Sie tauschen sich zwischen

Häusern aus, teilen sich neueste Betrugsmethoden mit, prüfen genau die eingehenden E-Mails daraufhin, ob alle Daten stimmen, fragen im Hause oder beim Partner direkt nach, insbesondere wenn eine neue Kontonummer mitgeteilt wird. Insgesamt kamen die Teilnehmenden jedoch zu dem Schluss, dass sie mit den Partnern noch viel zu wenig über die Prävention von Cyberkriminalität in den Dialog gehen.

Bad Boll bereits im Blick

Der Nachmittag des Practitioners' Circle war den Themen shrinking spaces und ethische Dilemmata in der Korruptionsbekämpfung gewidmet. Es wurde deutlich, dass die sorgfältige Einschätzung von Situationen und komplexe Abwägungsprozesse mit zum Instrumentarium der Korruptionsprävention und der -bekämpfung gehören. Beide Themen werden mit praxisnahen Übungen bei der nächsten Fachtagung „Mut zur Transparenz V“ in Bad Boll vom 11. bis 13. September 2024 vertieft.

Um nichtstaatliche Organisationen in der Entwicklungszusammenarbeit zu unterstützen, Korruptionsbekämpfung in ihren Prozessen, der Arbeits- und Führungskultur und Kommunikation zu verankern, hat die Arbeitsgruppe Kirchliche Entwicklungszusammenarbeit einen systemischen Ansatz für die Verankerung von Antikorruption in nicht-staatlichen Entwicklungsorganisationen entwickelt. Im Zentrum dieses Ansatzes steht die Prävention – und dies war auch wesentliches Ziel des Practitioners' Circle 2023.

Weitere Informationen zum systemischen Ansatz finden Sie auf der Webseite von Transparency Deutschland. Dort ist ein Leitfaden zur Selbstbewertung der Antikorruptionssysteme in nicht-staatlichen Entwicklungsorganisationen eingestellt.

VORSTELLUNG KORPORATIVER MITGLIEDER: DICO

„Wir sind uns sicher, dass wir gemeinsam mit TI noch mehr erreichen können“

Seit Mai 2023 ist DICO – Deutsches Institut für Compliance e.V. Mitglied auf Gegenseitigkeit von Transparency Deutschland. Mit Meinhard Remberg, Sprecher des Vorstandes, und Georg Gößwein, Verwaltungsrat, sprechen wir über die Hintergründe.

INTERVIEW: MICKAËL ROUMEGOUX ROUELLE

Wie trägt DICO dazu bei, Compliance-Standards zu stärken?

Remberg: Das Herzstück von DICO sind 26 Arbeitskreise. Hier treffen sich die Mitglieder bzw. Vertreter der Mitgliedsunternehmen, um über bestimmte Themen zu sprechen. Die Arbeitskreisleiter sind aufgefordert, in ihren Arbeitskreisen konkrete Ergebnisse zu liefern. Häufig handelt es sich um Leitlinien, Arbeitshilfen oder auch Compliance-Standards.

Beispielhaft sei der Arbeitskreis Compliance Management genannt, unter dessen Regie der Standard Compliance Management Systeme entstanden ist. Weitere Standards gibt es zum Beispiel zu Geschäftspartner Compliance oder Risikoanalyse. Unsere Standards müssen einem hohen Anspruch genügen. Wichtig ist, dass sie hilfreich für die Praxis sind. Praktikabilität und Pragmatismus stehen im Vordergrund. Andererseits sollen sie auch wissenschaftlich fundiert sein. Daher legen wir besonderen Wert darauf, dass unser wissenschaftlicher Beirat in die Erstellung der Standards eingebunden ist.

Was hat DICO motiviert, mit Transparency Deutschland zu kooperieren?

Remberg: Grundsätzlich verfolgen DICO und TI die gleichen Ziele: Wir fordern und fördern Rechts- und Regeltreue in Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Darüber hinaus bemühen wir uns darum, aus der Praxis für die Praxis Standards und Best Practices zu entwickeln, die es den beteiligten Personenkreisen ermöglichen, oben genanntem Anspruch gerecht zu werden. Auch die Beteiligung bei Gesetzesvorhaben im „Compliance-Bereich“ zählt zu unseren Zielen.

Um mehr zu erreichen, müssen wir unsere Kräfte bündeln. TI ist schon sehr lange am „Compliance-Markt“ erfolgreich tätig. Die Marke TI ist bekannt und anerkannt. Schließlich ist TI Deutschland Teil eines weltweiten Netzwerks. Die Kontakte können auch für DICO bei der fortschreitenden Internationalisierung hilfreich sein.



DICO mit fast 1.000 Mitgliedern hat in den elf Jahren seines Bestehens sicherlich schon viel erreicht. Aber: Wir sind uns sicher, dass wir gemeinsam mit TI noch mehr erreichen können.

Daher haben wir uns erfolgreich um eine Kooperation bemüht.

Wie wollen Sie die Kooperation mit Leben füllen?

Remberg: Auf Grundlage der wechselseitigen Mitgliedschaft wollen wir vor allem gemeinsame Veranstaltungen und Projekte durchführen bzw. initiieren. Der Austausch soll auch durch gemeinsame Arbeitskreise gestärkt werden. Hier ist bereits der Arbeitskreis Geopolitik – Schwerpunkt Ukraine entstanden, dessen Arbeit dazu beitragen soll, dass der Wiederaufbau der Ukraine unter Einhaltung allgemein anerkannter Compliance Standards erfolgen soll. Auch Publikationen und Artikel in Fachzeitschriften unter der Überschrift TI / DICO sind geplant.

Welche Ziele sollen mit dem „Arbeitskreis Geopolitik“ erreicht werden?

Gößwein: Ziel ist es, einen „geschützten“ Raum zu schaffen, in dem Lösungsansätze und Standards erarbeitet werden können, um ein „Level Playing Field“ für Investitionen deutscher und europäischer Unternehmen in der Ukraine zu schaffen. Denkbare Maßnahmen wären beispielsweise sektorbedingte „Integrity Pacts“, Standards für Ausschreibungsverfahren, Red Flags bei Projektgesellschaften.

Mit der späteren Einbeziehung ukrainischer Partnerorganisationen oder anderer Stakeholder soll eine „Collective Action“ ins Leben gerufen werden, der sich weitere deutsche und europäische Unternehmen und Organisationen anschließen können.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn interessierte Unternehmen, die sich entweder in der Ukraine bereits engagieren oder dies vorhaben, sich in diesem Arbeitskreis einbringen würden. Die unterschiedlichen Erfahrungen aus der Ukraine oder anderen Krisenregionen sowie das praktische Compliance Know-how sind für das Gelingen dieses Vorhabens von besonderer Bedeutung.

NATIONALE CHAPTER IM PORTRÄT:
TRANSPARENCY INTERNATIONAL MONGOLEI

„Die neue Nationale Strategie 2030 zur Korruptionsbekämpfung ist bemerkenswert“

Im Gespräch mit **Munkhjargal Enkhbaatar**, Co-Geschäftsführer des mongolesischen Chapters von Transparency International

INTERVIEW: ANJA SCHÖNE & ADRIAN NENNICH,
ÜBERSETZUNG: LOUISA WEINZ

Wann wurde Ihr Chapter gegründet?

Transparency International Mongolei wurde 2003 von neun Gründungsmitgliedern ins Leben gerufen und 2004 als nationales Chapter akkreditiert, also offiziell als Teil von Transparency anerkannt. Daher feiern wir in diesem Jahr unser 20-jähriges Bestehen!

Heute sind wir die führende Organisation zur Förderung der Integrität in der Privatwirtschaft und setzen uns auf nationaler Ebene für den Schutz von Hinweisgebenden sowie Transparenz im öffentlichen Auftragswesen, bei der Finanzierung politischer Parteien, in der Rohstoffindustrie sowie von wirtschaftlichem Eigentum ein. Wir haben eine umfassende regionale Abdeckung und sind in zwölf der 24 Provinzen des Landes tätig, indem wir mit lokalen Organisationen der Zivilgesellschaft Projekte zur sozialen Verantwortung durchführen.

Was sind derzeit die größten Herausforderungen bei der Korruptionsbekämpfung in Ihrem Land?

Die Mongolei ist durch die rapide Demokratisierung in den 1990er Jahren mit vielen Korruptionsproblemen konfrontiert. Unser CPI-Rating hat sich seit 2015 um 44 Plätze verschlechtert, derzeit stehen wir auf Platz 116 mit 33 Punkten. Eines der größten Korruptionsprobleme des Landes ist nach wie vor die mangelnde Transparenz der Regierung und der öffentlichen Einrichtungen. In der Umfrage des Global Corruption Barometers 2020 gaben fast 70 Prozent der Befragten an, dass Korruption in der Regierung ein großes Problem sei.

In den letzten Jahren gab es mehrere Fälle, in denen Regierungsbeamte und Parlamentsmitglieder in korrupte Praktiken verwickelt waren. Es ging um den Missbrauch öffentlicher Gelder und Vetternwirtschaft, zum Beispiel einen illegalen Transport von Kohle über die chinesische Grenze, die ungerechtfertigte Vergabe von Stipendien an Verwandte oder Kinder von Politikern oder ein hohes Maß an Korruption und Diebstahl von Vermögenswerten im staatlichen Kranken- und Sozialversicherungsfonds. Dies hat zu einem Mangel an öffentlichem Vertrauen in die Regierung und zu negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes geführt.



Darüber hinaus ist der Rohstoffsektor in der Mongolei sehr korruptionsanfällig. Wir ermutigen unsere Entscheidungsträger, die Unternehmensführung staatlicher Unternehmen zu verbessern, die wirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse offenzulegen und sich in dieser Hinsicht an international bewährten Verfahren zu orientieren.

Auf welche Erfolge sind Sie besonders stolz?

Seit 2021 führen wir das Projekt „Transparenz bei der Beschaffung von Arzneimitteln“ durch. Dadurch soll das Engagement der Bürger:innen bei der Arzneimittelbeschaffung gestärkt werden. Wir haben vier lokale NGOs ausgewählt, die die Aufgabe haben, vor Ort Daten über die Beschaffung von Arzneimitteln zu sammeln und für die Allgemeinheit zu visualisieren. Ziel ist es, die Daten zugänglicher und verständlicher zu machen, da sie in ihrer Rohform, sofern vorhanden, schwer zu verstehen sind. Wir organisieren eine Veranstaltung, bei der die NGOs die Projektergebnisse den Stakeholdern vorstellen werden, darunter das Gesundheitsministerium, Mediziner:innen, die Agentur für die Kontrolle medizinischer Geräte und Verbände des Privatsektors.

Transparency hat immer den Grundsatz verfolgt, Koalitionen und Partnerschaften im Kampf gegen Korruption zu bilden. Wie funktioniert das in der Mongolei?

Der Gründer von Transparency International Peter Eigen hat uns im Mai auf Einladung des Justizministeriums besucht. Dabei betonte er die Bedeutung von Multi-Stakeholder-Ansätzen zur Förderung von Transparenz in guter Regierungsführung. Er ermutigte die drei Hauptakteure Regierung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, gemeinsam an einem dauerhaften Dialog und gemeinsamen Reformansätzen zur Korruption zu arbeiten. Wir arbeiten aktuell eng mit der unabhängigen Behörde für Korruptionsbekämpfung (IAAC) zusammen. Unsere jüngste Zusammenarbeit mit der Regierung und dem Premierminister führte zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die den Auftrag hatte, den Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) zu verbessern. Dies war ein großer Erfolg, da die Regierung begann, die Bemühungen zur Korruptionsbekämpfung ernst zu nehmen. Die Mongolei hat im Allgemeinen zwar eine relativ offene Umgebung für Meinungsfreiheit – es gibt zahlreiche unabhängige Medien und eine lebendige Zivilgesellschaft. Allerdings wird der zivilgesellschaftliche Raum in der Mongolei vom CIVICUS Monitor als „eingeschränkt“ eingestuft und die Regierung wird oft dafür kritisiert, Entscheidungen ohne angemessene Konsultation zu treffen.

Positiv ist, dass sich die derzeitige Regierung eindeutig dazu verpflichtet hat, die Korruption ganzheitlich zu bekämpfen. Sie hat mehrere Initiativen auf Ministerebene ergriffen und dieses Jahr zum „Antikorruptionsjahr“ erklärt. Dazu gehört die Ankündigung der Antikorruptionsinitiative „Tavan-sh“, die sich auf fünf Schlüsselbereiche konzentriert: Hinweisgebende, Entfernung korrupter Amtsträger, Auslieferung von geflüchteten Angeklagten, Vermögensrückführung und Transparenz. Die Regierung hat außerdem kürzlich drei Gesetze vorgelegt, für die Transparency Mongolei sich in den vergangenen Jahren aktiv eingesetzt hat: zum Schutz von Hinweisgebenden,

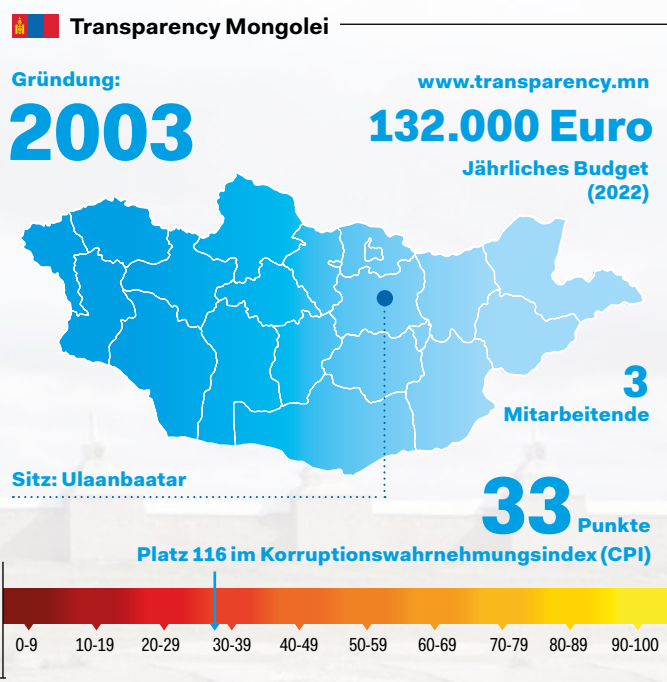
zur Reform der Wahlkampffinanzierung und zur Transparenz staatseigener Unternehmen.

Im Frühjahr stellte die IAAC eine umfassende nationale Strategie 2030 zur Bekämpfung der Korruption in allen Bereichen des öffentlichen Lebens vor. Wie ist der aktuelle Stand der Dinge?

Die neue Nationale Strategie 2030 zur Korruptionsbekämpfung ist bemerkenswert. Aus Sicht von Transparency Mongolei ist es lobenswert, dass die IAAC dazu mit verschiedenen internationalen und lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen gearbeitet hat, die Strategie einen umfassenderen Rahmen als die beiden vorherigen Strategien bietet und die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft und der Medien anerkannt wird.

Das Parlament hat die Strategie im Juli genehmigt. Die Ziele der Strategie umfassen die Stärkung eines korruptionsfreien öffentlichen Dienstes, die effektive Beteiligung der Bürger:innen, der Zivilgesellschaft und der Medien, die Unabhängigkeit staatlicher Institutionen sowie die Reduzierung des Korruptionsrisikos bei der Haushaltsplanung und der Beschaffung. Es soll auch eine Kultur der Nulltoleranz gegenüber Korruption im privaten Sektor gefördert werden.

Konkret wird zum Beispiel die Zusammenarbeit zwischen dem staatlichen Rechnungshof und der IAAC gemäß internationalen Best Practices ausgebaut, um die Veruntreuung öffentlicher Mittel zu verhindern. Der rechtliche Rahmen zur Identifizierung und Behandlung von Korruptionsfällen wird verbessert. Verstärkt werden sollen auch Haushalts-, Finanz- und Prüfungskontrollen, um das Korruptionsrisiko bei der Auftragsvergabe zu minimieren. Ein transparentes, effizientes und rechenschaftspflichtiges Verwaltungssystem für staatliche und lokale Stellen soll gemäß internationalen Standards geschaffen werden. Und es werden umfassende Aufklärungsmaßnahmen durchgeführt, bei denen die Öffentlichkeit aktiv beteiligt ist.





Frankfurt am Main,
Rote Reihe Klostermann, 2023
ISBN 978-3-465-04613-4
212 Seiten: 24,80 Euro

GERTRUDE LÜBBE-WOLFF

Demophobie

Muss man die direkte Demokratie fürchten?

Die ehemalige Bundesverfassungsrichterin Gertrude Lübbe-Wolff, Mitglied im Beirat von Transparency Deutschland, will mit dem Buch *Demophobie* einen Beitrag zur Diskussion über Vor- und Nachteile, Chancen und Risiken direkter Demokratie leisten. Sie tut dies aus Sorge über die nachlassende Unterstützung deutscher Parteien für die Einführung direktdemokratischer Instrumente auf Bundesebene. Ursächlich seien vermutlich der Brexit-Schock sowie populistische Politiker in anderen Ländern, die sich mit Erfolg des Instruments der Volksabstimmung zur Bestätigung ihrer politischen Führerschaft bedienen. Hinzu komme, dass in Deutschland die AfD entschieden für Volksabstimmungen auf Bundesebene eintrete.

In Kapitel II ihres Buches untersucht Gertrude Lübbe-Wolff zehn typische Vorbehalte gegen direktdemokratische Entscheidungen. Darunter Aussagen wie direkte Demokratie begünstige Demagogen, in Finanzfragen sei dem Volk nicht zu trauen, direkte Demokratie sei unsozial, Ja-Nein-Entscheidungen seien zu simpel und kompromisswidrig. Illustriert mit Beispielen insbesondere aus der Schweiz sowie den USA diskutiert Gertrude Lübbe-Wolff die Tragfähigkeit der Vorbehalte. Ergebnis ist ein Plädoyer für mehr Direkt Demokratie. Bei der Bewertung von Plebisziten dürfe nicht der Fehler eines Idealvergleichs gemacht werden. So sei Negativbeispielen direkter Demokratie nicht unbedingt eine bessere Entscheidung im Rahmen repräsentativer demokratischer Verfahren gegenüberzustellen. Wichtig seien institutionelle Schranken, die in Deutschland durch das Bundesverfassungsgericht, das Unionsrecht sowie das Völkerrecht aufgestellt sind.

Weitere Argumente für direktdemokratisches Entscheiden formuliert Gertrude Lübbe-Wolff in Kapitel III. Neben dem Beitrag zur politischen Bildung weist sie zu Recht auf den Vorteil der Beeinflussung der politischen Regierungsa genda während der Legislaturperiode hin.

Weitere Vorteile sieht sie in der Demokratisierung der auswärtigen Politik, dem Gegengewicht zur Kurzfristorientierung repräsentativdemokratischer Politik sowie zur Fehlerkorrekturfreundlichkeit direktdemokratischer Entscheidungen.

Wer sich um den Zustand unserer Demokratie Sorgen macht, sollte das Buch lesen. •• Prof. Dr. Edda Müller

Impressum

Herausgeber: Transparency International Deutschland e.V.
Vorsitzende: Alexandra Herzog

Redaktionsadresse:
Alte Schönhauser Str. 44 · 10119 Berlin
Verantwortlich: Margarete Bause
Kontakt: redaktion@transparency.de
Redaktionsleitung: Adrian Nennich
Redaktionsteam: Margarete Bause (mb), Till Düren (td), Hannah Fallscheer (hf), Roland Hoheisel-Gruler (rhg), Dr. Christian Lantermann (cl), Moritz Mannschreck (mm), Adrian Nennich (an), Dominic Pakull (dp), Jonathan Peters (jp), Jochen Reinhardt (jr), Juliane Schindler (jus), wJutta Schulzki (jsc), Anja Schöne (as), Jan Schröter (jas), Antonia Zvolský (az)

Editorial: betreut durch Margarete Bause

Themenschwerpunkt

dieser Ausgabe: betreut durch Adrian Nennich, Anja Schöne, Margarete Bause, Jochen Reinhardt und Moritz Mannschreck

Nachrichten und Berichte:

betreut durch Anja Schöne

Gerichtsurteil im Fokus:

betreut durch Roland Hoheisel-Gruler

Aktuelles aus der Korruptionsforschung, Über Transparency,

Rezensionen: betreut durch

Adrian Nennich

Redaktionsschluss dieser

Ausgabe: 01.09.2023

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 01.11.2023

Schwerpunkt der nächsten Ausgabe:

Unternehmensrealität / Arbeitswelt

ISSN (Print): 2364-5024

ISSN (Internet): 2364-5016

Layout: Alexandra von Béry

Druck: Umweltdruckerei Hannover
Sydney Garden 9, 30539 Hannover

Papier: Recycling-Premiumweiß,
100% Recyclingpapier

Auflage: 1.950

Verbreitungsweise: unentgeltlich



Die von Transparency Deutschland genutzte

Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 DE legt fest, dass die Vervielfältigung und Verbreitung nur dann erlaubt wird, wenn der Name der Autorin/des Autors genannt wird, wenn die Verwendung nicht für kommerzielle Zwecke erfolgt und wenn keine Bearbeitung, Abwandlung oder Veränderung erfolgt.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers / der Verfasserin wieder. Bilder soweit nicht anders angegeben: Transparency International Deutschland e.V.

Unterstützen Sie uns im Kampf gegen Korruption

Transparency Deutschland bekämpft Korruption in Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft. Wir finanzieren uns im Wesentlichen aus Mitgliedsbeiträgen individueller und korporativer Mitglieder, Förderbeiträgen, Spenden und Bußgeldern. Um weiterhin effektiv und schlagkräftig arbeiten zu können, brauchen wir Sie:



Mitglied werden

Oder bringen Sie sich aktiv als Mitglied ein – zum Beispiel vor Ort in einer unserer Regionalgruppen oder themenspezifisch in eine unserer Arbeitsgruppen zu Schwerpunktthemen wie Politik, Wirtschaft und Sport.



Spenden

Schon mit einer einmaligen Spende unterstützen Sie unsere Arbeit wirkungsvoll. So können wir unter anderem unsere Publikationen – wie den Schweinwerfer – kostenfrei herausgeben.



Gelebte Transparenz

Ganz im Sinne der Transparenz veröffentlicht Transparency Deutschland die Namen der Spender*innen bei Beträgen ab 1.000 Euro pro Jahr im Jahresbericht und auf der Webseite.

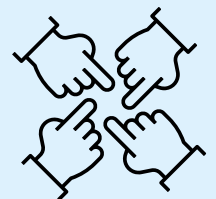
Fördern

Mit einem monatlichen oder jährlichen Förderbeitrag setzen Sie sich kontinuierlich für die Bekämpfung von Korruption ein. Übrigens: Wenn Sie uns eine Einzugsermächtigung erteilen, sparen wir Verwaltungskosten ein und können Ihren Beitrag nachhaltig in unsere Arbeit investieren.



Gemeinnützig und politisch unabhängig

Unsere Grundprinzipien sind Integrität, Verantwortlichkeit, Transparenz und Partizipation der Zivilgesellschaft. Wir arbeiten politisch unabhängig und sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden, Förderbeiträge und Mitgliedsbeiträge sind daher steuerlich absetzbar.



Kontoverbindung:

Transparency International Deutschland e.V.
GLS Bank
IBAN: DE07 4306 0967 1146 0037 00
BIC: GENODEM1GLS

Mehr Informationen:



[www.transparency.de/
jetzt-spenden](http://www.transparency.de/jetzt-spenden)



Transparency International Deutschland e.V.
Scheinwerfer – Das Magazin gegen Korruption
Geschäftsstelle
Alte Schönhauser Straße 44
10119 Berlin

Tel: 030 – 54 98 98 – 0
Fax: 030 – 54 98 98 – 22

redaktion@transparency.de
www.transparency.de

✕ [@transparency_de](https://www.instagram.com/transparency_de)
f [TransparencyDeutschland](https://www.facebook.com/TransparencyDeutschland)
📄 [Transparency International Deutschland e.V.](https://www.transparency.de)
📺 [Transparency Deutschland](https://www.transparency.de)

Immer auf dem Laufenden sein: Abonnieren Sie jetzt unseren
Newsletter auf www.transparency.de/newsletter.